

MISCH DICH EIN

Die Stiftung gegen Rassismus



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS



Impressum

Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus

Goebelstr. 21a, 64293 Darmstadt

Telefon: (06151) 33 99 71

Fax: (06151) 39 19 740

info@stiftung-gegen-rassismus.de

<https://stiftung-gegen-rassismus.de/>

Darmstadt, Januar 2023

Nachdruck gern gestattet.

Belegexemplare werden erbeten.

Die gedruckte Veröffentlichung kann bei der Stiftung gegen Rassismus bestellt und von der Homepage der Stiftung heruntergeladen werden.

Verfasser: Jürgen Micksch

Für die Durchsicht des Manuskriptes wird Leonie Kriegel, Conny Schäfer und Rebekka Schuster gedankt.

Gestaltung: Wolfgang Scheffler, Mainz

Druck: Onlineprinters GmbH

Bildnachweis:

Titelblattdesign: Johannes Horch, Lobster Postproduction

Seite 19: © .shock/adobe.stock.com

Alle anderen Bilder und Fotos sind von der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus, dem Abrahamischen Forum in Deutschland und dem Interkulturellen Rat in Deutschland.

Inhalt

Vorwort 4

Internationalen Wochen gegen Rassismus 5

- 5 Der 21. März als Internationaler Tag gegen Rassismus
- 5 Der UN-Tag in Deutschland
- 7 Die Stiftung
- 9 Engagement lohnt sich
- 11 Die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2022

Stiftungsprojekte 16

- 16 Religionen laden ein
- 18 Prominent gegen Rassismus
- 23 SCHULTER AN SCHULTER
- 25 Solidarisches Europa
- 29 Für eine menschenfreundliche Gesellschaft

Die Stiftung 30

- 30 Kooperationspartnerschaften
- 32 Prominente und Engagierte gegen Rassismus
- 45 Das Aktionsbündnis
- 49 Förderungen
- 52 Satzung der Stiftung gegen Rassismus
- 59 Chronik zu den UN-Wochen gegen Rassismus in Deutschland

76 Literaturhinweise

Menschen sind nicht von Geburt an rassistisch. Sie werden dazu durch gesellschaftlich konstruierte Vorstellungen und Normen gemacht. Doch es ist möglich, sich einzumischen und etwas gegen Rassismus zu tun.



Ende des vergangenen Jahrhunderts ist in der deutschen Öffentlichkeit nur selten von Rassismus gesprochen worden. Es wurde argumentiert, dass der Nationalsozialismus überwunden sei. Daher gebe es in Deutschland keinen Rassismus mehr und man müsse auch nichts dagegen unternehmen.

Das hat sich in den letzten Jahren verändert. Die Auseinandersetzung mit Rassismus, rassistischer Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist in Deutschland, Europa und weltweit zum zentralen Thema geworden.

Die Internationalen Wochen gegen Rassismus entwickelten sich in Deutschland zu einer beachtlichen Bewegung, die sich für eine menschenfreundliche Gesellschaft engagiert. Aktivitäten werden von der Stiftung gegen Rassismus angeregt und koordiniert.

Jürgen Micksch

Jürgen Micksch

Darmstadt
November 2022

► Der 21. März als Internationaler Tag gegen Rassismus

Für die Vereinten Nationen war Rassismus von Anfang an ein zentrales Thema. In Erinnerung an das Massaker an der schwarzen Bevölkerung im südafrikanischen Sharpeville am 21. März 1960 hat die 21. Generalversammlung der Vereinten Nationen im Oktober 1966 den Beschluss gefasst, den 21. März zum Internationalen Tag zur Überwindung von Rassismus zu erklären. Während dieser Tag in manchen Ländern eine große Bedeutung erhielt und Südafrika ihn sogar zum Nationalfeiertag erhob, wurde er in Deutschland lange Zeit kaum beachtet.

Die gewaltsamen, völkisch-rassistisch motivierten Übergriffe im September 1991 in Hoyerswerda und später in Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen haben viele Menschen bundesweit schockiert. Bilder von brennenden Häusern gingen um die Welt. Erinnerungen an die nationalsozialistische Zeit wurden ins Bewusstsein gerufen. Deutschland ist als rassistisches Land bezeichnet worden.

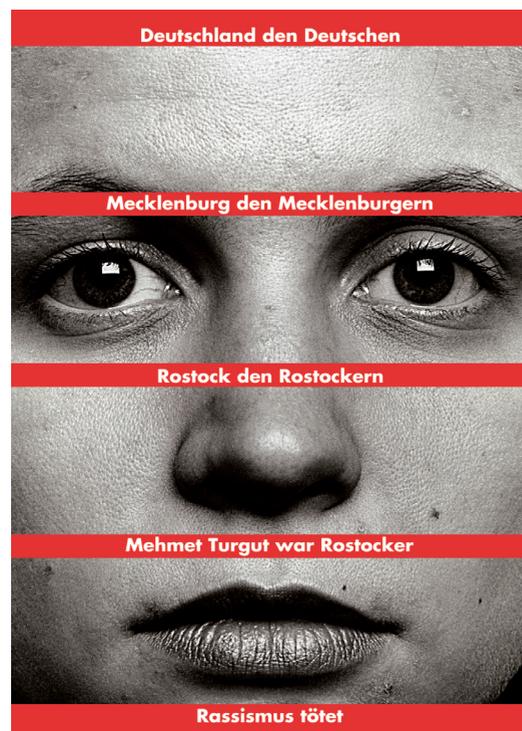
Nach verschiedenen Vorgesprächen haben befreundete Expert*innen in der Migrationsarbeit am 31. August 1994 in Frankfurt am Main den Interkulturellen Rat in Deutschland gegründet. Der Rat hatte zum Ziel, sich um »Beiträge zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Gewalt« zu bemühen, wie es in § 2 der Satzung formuliert wurde. Der Vereinszweck sollte auch durch die »Erarbeitung von Materialien zum Tag der Vereinten Nationen zur Überwindung von Rassismus« verwirklicht werden.

► Der UN-Tag in Deutschland

Der Interkulturelle Rat entwickelte verschiedene Initiativen zum Tag der Vereinten Nationen zur Überwindung von Rassismus. So gab es zum 21. März 1995 eine Broschüre und die bundesweite Plakataktion zum Motto »Rassismus macht einsam«. Erste Veranstaltungen fanden in Darmstadt statt. Anfangs waren diese Bemühungen ziemlich erfolglos. In den folgenden Jahren wurden bundesweit immer nur eine Handvoll Projekte und Veranstaltungen initiiert.

Es gab nach wie vor jene lauten Stimmen, die darauf bestanden, dass es in Deutschland nach dem Holocaust keinen Rassismus mehr gäbe. Auch staatliche Stellen lehnten Projekte ab, in deren Anträgen der Begriff »Rassismus« vorkam. Bei groß geplanten Veranstaltungen blieben die Menschen fern: Im Rüsselsheimer Theater wurde beispielsweise ein umfangreiches Programm vorbereitet und gerade einmal die erste Reihe war besetzt. Das war ernüchternd, aber kein Grund aufzuhören. Nach den ersten sechs Jahren gab es immerhin bundesweit 26 Veranstaltungen.

Der Interkulturelle Rat hat sich dann auf schulische Projektstage konzentriert und bereits im Jahr 2004 konnten 270 Veranstaltungen gezählt werden. Und jedes Jahr wurden es mehr. Der UN-Tag gegen Rassismus wurde im Jahr 2002 auf die »Woche gegen Rassismus« und seit dem Jahr 2008 auf zwei Wochen ausgeweitet. Erfolgreich waren Kooperationen mit dem Sport, vor allem dem Deutschen Fußball-Bund (DFB) und der Deutschen Fußball-Liga (DFL), den Volkshochschulen, Kommunen und Aktionsgruppen.



Die Plakataktion von Gunter Rambow fand bundesweite Verbreitung

► Die Stiftung

Angeregt durch Theo Zwanziger, dem früheren Präsidenten des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), entstand im September 2013 die Idee zur Gründung einer Stiftung. Mit Unterstützung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und von PRO ASYL wurde am 6. Mai 2014 die rechtsfähige Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus (kurz: Stiftung gegen Rassismus) gegründet. Die Stiftung übernahm ab 2016 alle Aufgaben des Interkulturellen Rates, der seine Arbeit zum 19. Juli 2017 einstellte. Theo Zwanziger wurde Vorsitzender des Stiftungsrates und Jürgen Micksch übernahm den geschäftsführenden Vorstand.

Die Förderung von Kontakten zwischen Menschen mit und ohne Rassismus-Erfahrungen trägt zum Abbau von ablehnenden Einstellungen und rassistischem Denken bei. Darum sollen bei möglichst allen Veranstaltungen und Projekten Menschen mit Migrationsgeschichte mitwirken. Öffentlich anerkannte Persön-

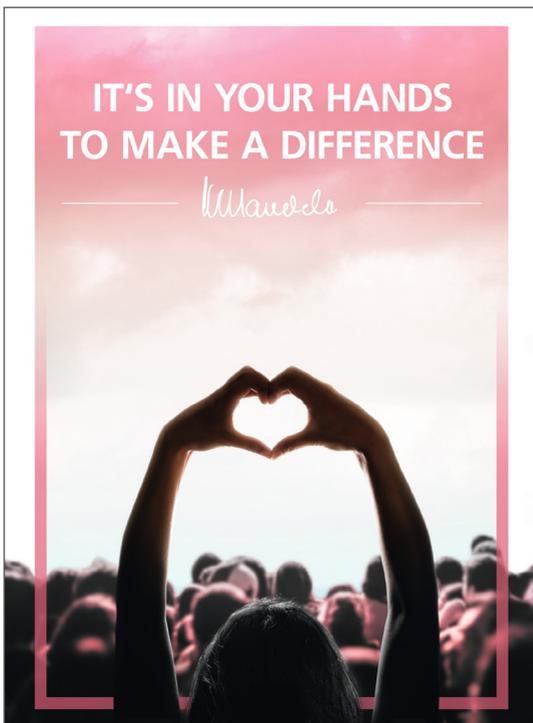
... Rassismus fängt im Kopf an ...



lichkeiten wurden um Unterstützung der Aktivitäten gebeten. Überwiegend erfolgte das Engagement ehrenamtlich. Entwickelt wurden gute Kontakte zu den Medien.

Neben der Planung und Koordinierung der UN-Wochen gegen Rassismus gehört es zu den Satzungszielen, Modellprojekte »zur Überwindung von Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem Rassismus oder Rassismus gegenüber Menschen anderer Hautfarbe und Flüchtlingen« sowie »Bildungsmaßnahmen für die Anerkennung von Menschen fremder Herkunft und Kultur sowie die dafür erforderliche Öffentlichkeitsarbeit« zu fördern.

Durch die Gründung der Stiftung waren neue Impulse möglich. So wurden Kooperationspartnerschaften gebildet, die Arbeitskreise »Religionen laden ein«, »SCHULTER AN SCHULTER«, »Solidarisches Europa« sowie Projekte wie »Prominent gegen Rassismus«, »Engagiert gegen Rassismus«, »Solidarisch gegen Rassismus« oder das Aktionsbündnis neu eingerichtet.



Als die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 14. Juni 2017 im Bundeskabinett den »Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus« verabschiedete, da hieß es auf Seite 29: »Die jährlich im März stattfindenden UN-Wochen gegen Rassismus werden in Deutschland durch die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus koordiniert. Mehr als 80 bundesweite Organisationen sind daran beteiligt. Zu den Veranstaltern zählen Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände, Kommunen, Gewerkschaften sowie Arbeitgeberverbände und viele weitere. Das BMFSFJ und die Integrationsbeauftragte fördern in diesem Zusammenhang das Projekt »Prominent gegen Rassismus.«

Die Stiftung hat einen Vorstand aus zwei Personen und einen Stiftungsrat mit bis zu fünf Mitgliedern. Ein Beirat berät den Stiftungsvorstand. Viele Unterstützer*innen und Kooperationspartner*innen fördern die Arbeit – dazu gehören bundesweite Organisationen aus Religionsgemeinschaften, Sportverbänden, Unternehmen, Gewerkschaften, Stiftungen, Medien, Menschenrechtsorganisationen, kulturellen, sozialen, wissenschaftlichen, kommunalen sowie staatlichen Einrichtungen.

Während es in der Anfangszeit des Interkulturellen Rates kaum eine finanzielle Förderung gab, wird die Arbeit inzwischen von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Landesregierungen unterstützt sowie von Unternehmen, Gewerkschaften, sozialen Einrichtungen, Religionsgemeinschaften, Stiftungen und einzelnen Personen.

► Engagement lohnt sich

Erfahrungen zur Wirkung solcher Aktionstage gibt es durch den sogenannten Ausländersonntag, der im Jahr 1975 eingerichtet und anfangs auch wenig beachtet wurde. Daraus entwickelte sich der Tag und dann die Woche der ausländischen Mitbürger und schließlich die Interkulturelle Woche mit jährlich über 5.000 Veranstaltungen. Dieses überwiegend ehrenamtliche Engagement Tausender Menschen hat zusammen mit anderen Initiativen dazu beigetragen, dass im Jahr 2015 kurze Zeit von einer weit beachtetten Willkommenskultur in Deutschland gesprochen werden konnte.

Im Jahr 1980 wurde beim damaligen Ökumenischen Vorbereitungsausschuss für die »Woche der ausländischen Mitbürger« erstmals formuliert, dass »die Bundes-

republik zu einer multikulturellen Gesellschaft« geworden ist. Darauf folgte eine jahrelange kontroverse Debatte. Nach 40 Jahren wird die Vielfalt unserer Gesellschaft von den meisten Menschen positiv eingeschätzt. Zudem fördert die Politik inzwischen unterschiedliche bildungspolitische Programme in diesem Bereich.

Nach den NSU-Morden und anderen Gewalttaten wird heute die Realität von Rassismus nicht mehr bestritten. Seit Jahren gibt es immer mehr teilnehmende und engagierte Menschen bei den UN-Wochen gegen Rassismus. Dieses demokratische Engagement kann weiterentwickelt werden und dazu beitragen, Rassismus, Nationalismus und Gewalt zu reduzieren, ein menschenfreundliches Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Vor allem in den letzten Jahrzehnten haben sich weitere Aktionstage entwickelt, an denen sich engagierte Personen für ein menschenfreundliches Zusammenleben einsetzen. Die Geschäftsstellen arbeiten in dem Arbeitskreis »Aktionstage

für die Menschenwürde« bei der Stiftung gegen Rassismus zusammen und koordinieren das ganze Jahr hindurch Aktivitäten:

- Die Woche der Brüderlichkeit Anfang März
- Die Internationalen Wochen gegen Rassismus um den 21. März
- Der Roma-Tag am 8. April
- Die Woche gegen antimuslimischen Rassismus Anfang Juli
- Die Interkulturelle Woche Ende September mit dem Flüchtlingstag
- Der Tag der offenen Moschee am 3. Oktober
- Die Woche gegen Antisemitismus Anfang November
- Der Tag der Menschenrechte am 12. Dezember

Weit über 12.000 Veranstaltungen werden in jedem Jahr im Rahmen dieser Aktionstage durchgeführt. Durch die jährliche Wiederholung haben sie einen nachhaltigen Effekt. Das Zusammenwirken bei den Aktionstagen verstärkt ihre Anliegen. Gemeinsam ist ihnen, dass sich Menschen zu Veranstaltungen bewegen und dort lebendige Erfahrungen sammeln. Das hat eine größere Wirkung als Fernsehbeiträge, Zeitungsartikel oder Klicks auf dem Bildschirm.

► Die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2022

Beispielhaft sollen hier Erfahrungen zu den UN-Wochen im März 2022 dargestellt werden. Der Stiftung wurden bundesweit über 2.100 Veranstaltungen gemeldet – so viele wie noch nie zuvor. Besonders zahlreich waren Diskurse zur Überwindung von Hass und Rassismus in Vereinen, Städten, Schulen, Kindergärten, Religionsgemeinschaften, Unternehmen, Volkshochschulen, Gewerkschaften und sportlichen Einrichtungen. Jedes Jahr wird dazu eine Dokumentation von der Stiftung herausgegeben, in der die Veranstaltungen und Entwicklungen analysiert werden.

Darüber hinaus wurde in über 1.800 Freitagsgebeten in Moscheen die Überwindung von Rassismus thematisiert – ebenfalls so viele wie noch nie. Bürgermeister*innen, Minister*innen oder Persönlichkeiten anderer Glaubensgemeinschaften nahmen an den Freitagsgebeten mit Ansprachen teil. Zudem erfolgten über



Das Handschuh-Motiv hat die UN-Wochen jahrelang geprägt.

100 weitere religiöse Veranstaltungen im Rahmen der Aktionswochen. Insgesamt sind das über 4.000 Aktivitäten – ein beeindruckendes Zeichen zivilgesellschaftlichen Engagements.

Grundlage für diese Zahlen sind die Berichte und Meldungen der überwiegend ehrenamtlichen örtlichen Initiativen über ihre Veranstaltungen. Dabei ist davon auszugehen, dass viele Veranstaltungen der Stiftung gar nicht erst gemeldet werden und es tatsächlich noch mehr Veranstaltungen sind. Die wachsende Anzahl und die inhaltliche und gestalterische Vielfalt sowie die über 250.000 Teilnehmenden zeigen, dass die UN-Wochen gegen Rassismus eine immer stärkere Bewegung werden.

Vielerorts sind aus den einzelnen Aktivitäten und Projekten neue Initiativen und Bündnisse erwachsen. So wird das Engagement gegen Hass und Rassismus immer breiter und nachhaltiger. Diese starke Solidaritätsbewegung ist eine wichtige Antwort auf besorgniserregende Entwicklungen in Europa. Sie ist dringend

Einladung zur Planungstagung 2022



erforderlich, um der zunehmenden Normalisierung von Hass, Rassismus und Gewaltbereitschaft und dem Erstarken rechtspopulistischer und nationalistischer Gruppierungen entgegenzuwirken.

Viele Aktivitäten wurden von oder mit Vereinen durchgeführt. Es gab zahlreiche Sportveranstaltungen, insbesondere im Bereich Fußball. Ein Großteil der Aktionen wurde von Städten und Kommunen organisiert. Durch die regionalen »eigenen Wochen gegen Rassismus« wird ein starkes Identifikationsgefühl mit den Anliegen der UN-Wochen geschaffen. Viele Städte entwickelten eigene Flyer, Programmhefte und Plakate, die dann in Bahnhöfen, Fußgängerzonen und anderen öffentlichen Plätzen hängen oder ausgelegt werden.

Besonders umfangreich waren im März 2022 die über 200 Veranstaltungen in Berlin, gefolgt von München. Aber auch in Dresden, Hamburg, Heidelberg, Münster oder Stuttgart hatten die Menschen mit über 50 Veranstaltungen vielfältige Möglichkeiten zur Teilnahme an Aktivitäten. Gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag riefen wir zu »Rundgängen für Demokratie und gegen Rassismus« auf und verbreiteten dazu einen gemeinsamen Flyer. Während diese Anregung im Jahr 2021 wegen der Pandemie wenig Beachtung fand, wurden uns 135 unterschiedliche Rundgänge im Jahr 2022 gemeldet.

Der weitaus größte Anteil der Veranstaltungen fand in Form von Vorträgen, Diskussionen, Workshops und Seminaren statt. Das weist darauf hin, dass inhaltliche Diskurse im Mittelpunkt standen. Beliebt waren außerdem Filmvorführungen: Dokumentationen und thematisch passende Spielfilme regten zu anschließenden Diskussionen an. Auch kulturelle Veranstaltungsformen wie Ausstellungen, Lesungen, Konzerte und Theateraufführungen wurden vielfach genutzt, um die Themen Hass, Rassismus und Ausgrenzung zu behandeln. Des Weiteren gab es zahlreiche Informationsveranstaltungen sowie zum Teil mehrtägige Schulungen. Thematisiert wurde dabei der alltägliche Hass und Rassismus in der Mitte der Gesellschaft.

Als Folge der Pandemie erfolgten über ein Viertel der Veranstaltungen online. 70% der gemeldeten Aktivitäten fanden in Präsenz statt. Bei zahlreichen Veranstaltungen wurde der Ukraine-Krieg aufgegriffen. Einen großen Stellenwert fanden auch Veranstaltungen zum Antisemitismus.

Bei den Aktivitäten wurde darauf geachtet, dass in die Planung und Durchführung Menschen einbezogen werden, die selbst von Hass und Rassismus betroffen sind. Die dadurch ausgelösten Diskurse sind für das friedliche Miteinander in einer Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Hierfür waren Zeitzeugen sehr gefragt. Es wurden Gedenkfahrten organisiert und Zeitzeugen berichteten und studierten mit Teilnehmenden alte Dokumente.

Sehr präsent waren die Themen »Flucht und Asyl«. Die Lage im Mittelmeer und an Europas Außengrenzen wurde viel thematisiert und auch die Seenotrettung war ein häufiges Thema. Die aktuelle Situation von Geflüchteten in Griechenland wurde dargestellt und die Frage unserer Menschlichkeit erörtert.

Es wurde über »Hate-Speech« in den Medien debattiert und erarbeitet, wie damit umgegangen werden kann. Dazu gab es Seminare und Anregungen, wie auf Hass-Mails reagiert werden kann und welche Einrichtungen dabei behilflich sein können.

Ein wichtiges Thema war auch der antimuslimische Rassismus. Dabei konnte die Veröffentlichung »Antimuslimischer Rassismus. Wandel durch Kontakte« genutzt werden, die von der Stiftung gegen Rassismus im Jahr 2018 in 4. Auflage gedruckt worden ist. In ihr wird aufgezeigt, dass der antimuslimische Rassismus dort am ehesten abgebaut werden kann, wo es zu Kooperationen mit Muslim*innen kommt. Dabei sind gemeinsame Projekte von besonderer Bedeutung, die sich mit Themen wie Naturschutz, antirassistischer Arbeit, Friedensarbeit oder mit Zielen von Bürgerinitiativen befassen. Menschen werden dort am häufigsten abgelehnt, wo keine Kontakte bestehen.

Im Gegensatz zu früheren Jahren gab es während der UN-Wochen gegen Rassismus im März 2022 keine Vorfälle von Vandalismus oder Störungen. Angesichts von insgesamt über 4.000 Veranstaltungen ist das beachtlich.



**Plakat 2022:
Haltung zeigen**

► Religionen laden ein

Seit Jahren sind antimuslimische Einstellungen sehr verbreitet. Um dem entgegenzuwirken wurde mit muslimischen Verbänden vereinbart, mehr Kontakte und Diskurse zwischen muslimischen Gemeinden und ihren Nachbarn zu fördern. Gemeinsam wurde bei der Stiftung der Arbeitskreis »Muslime laden ein« eingerichtet, dem Persönlichkeiten der unterschiedlichen muslimischen Gruppierungen in Deutschland angehörten. Gemeinsam wurden die muslimischen Gemeinden dazu aufgerufen, während der UN-Wochen gegen Rassismus in Ansprachen bei den Freitagsgebeten auf die Überwindung von Hass und Rassismus einzugehen. Menschen in der Nachbarschaft sollten eingeladen werden, um darüber zu sprechen. Im Jahr 2015 wurde das bereits bei 300 Freitagsgebeten auf-

Erstmals in Raunheim/Hessen sprach 2018 ein jüdischer Vertreter zu den UN-Wochen in einer Moscheegemeinde



gegriffen und 60 Moscheevereine luden Nachbar*innen zu Gesprächen ein. Im Jahr 2022 haben sich über 1.800 Moscheegemeinden bei Freitagsgebeten an den UN-Wochen gegen Rassismus beteiligt.

Die dabei gemachten Erfahrungen waren so positiv, dass in den folgenden Jahren auch Oberbürgermeister*innen und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens um Mitwirkung gebeten wurden. Medien haben darüber berichtet. Im Jahr 2019 wurden neun jüdische Persönlichkeiten zu Freitagsgebeten eingeladen und sprachen zu Moscheegemeinden. Sie berieten mit den Gemeindegliedern darüber, wie Hass, Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus abgebaut werden können.

Inzwischen wirken auch andere Religionsgemeinschaften in diesem Arbeitskreis der Stiftung mit. Im Jahre 2018 wurden die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland und jüdische Vertretungen aufgenommen. Der Name wurde in Arbeitskreis »Religionen laden ein« verändert.

Im Jahr 2018 besuchte der Bonner Oberbürgermeister während der UN-Wochen auch die Synagoge und sprach dort zu der Gemeinde. Die Stiftung empfahl das den Oberbürgermeister*innen in Deutschland – viele machten dies dann im März 2019.

Am 17. März 2019 fand ein evangelischer Gottesdienst im hessischen Seeheim statt, bei dem der Kirchenpräsident die Predigt übernahm und Ansprachen durch Persönlichkeiten des Judentums und Islams erfolgten. Anschließend gab es ein Gespräch mit der Gemeinde. Im März 2021 folgte ein ähnlicher Gottesdienst mit der Evangelischen Dekanin in der Stadtkirche Darmstadt, mit Kirchenpräsident Dr. Volker Jung als Prediger sowie Ansprachen von Aiman Mazyek, dem Vorsitzenden des Zentralrates der Muslime und Daniel Neumann, dem Direktor der Jüdischen Gemeinden in Hessen.

Der Arbeitskreis »Religionen laden ein« und das Abrahamische Forum in Deutschland haben für März 2020 einen gemeinsamen Aufruf veröffentlicht, der dazu anregt, Menschen anderer Religionen als Gäste zu religiösen Feiern während der Internationalen Wochen gegen Rassismus einzuladen und sich mit ihnen zur Überwindung von Hass und Rassismus auszutauschen. In den Folgejahren wurde das wiederholt.

Seit dem Jahr 2019 sind auch der Zentralrat der Eziden und der Geistige Rat der Bahai Mitglieder des Arbeitskreises, im Jahr 2021 folgten die Alevitischen Gemeinden in Hessen und der Rat der Sikh-Religion. Inzwischen wirken im Arbeitskreis »Religionen laden ein« neun Religionsgemeinschaften mit. Sie kommen aus dem Alevitentum, Bahaitum, Buddhismus, Christentum, Ezidentum, Judentum, Hinduismus, Islam und aus der Sikh-Religion. Gemeinsam veröffentlichten sie im Oktober 2021 die Broschüre »Religionen laden ein. Impulse für gemeinsame Feiern, Veranstaltungen und Aktionen.« Während der UN-Wochen im März 2022 beteiligten sich an diesen Aktivitäten über 1.800 Moscheegemeinden und über 100 andere religiöse Gemeinschaften. Zentrale religiöse Feiern mit diesen Religionsgemeinschaften und gegenseitigen Einladungen fanden in Köln statt.

► **Prominent gegen Rassismus**

Öffentlich anerkannte Persönlichkeiten haben eine starke Wirkung auf Menschen. Sie erleben selbst oft hasserfüllte Angriffe insbesondere bei Sportveranstaltungen, in Medien oder auch bei kulturellen Beiträgen. Die Stiftung bat daher prominente Persönlichkeiten um die Mitwirkung bei Veranstaltungen in Schulen, Jugendgruppen, Sportvereinen, Religionsgemeinden, Gewerkschaftsgruppen, Kommunen, Volkshochschulen oder Universitäten, damit sie dort über ihre Erfahrungen sprechen sowie darüber diskutieren, wie Hass und Rassismus abgebaut werden können.

Anfangs war die Bereitschaft zur Mitwirkung sehr zögerlich, zumal keine Erfahrungen vorlagen. Nachdem erste Berichte über Diskurse veröffentlicht wurden, hat sich das verändert. Inzwischen arbeiten über 80 prominente und in Deutschland bekannte Persönlichkeiten mit, die auf Anfrage zu Veranstaltungen zum Thema Rassismus vermittelt werden und sich einmischen. In verschiedenen Publikationen haben wir darüber informiert.

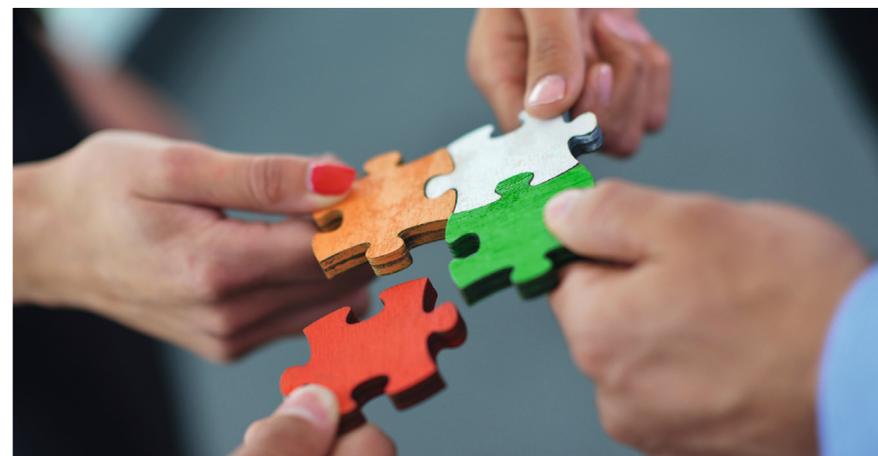
Mitwirkende sind bekannte Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Bereichen: Bundeswehr, Fernsehen, Feuerwehr, Fußball, Gewerkschaften, Kabarett, Kommunen, Kunst, Medizin, Menschenrechtsarbeit, Musik, Politik, Religionsgemeinschaften, Rundfunk, Schauspiel, Universitäten, Unternehmen oder Zeitungen. Aktiv dabei sind viele Frauen und Persönlichkeiten mit Migrationsgeschichte. Hier einige Beispiele für Aktivitäten von Prominenten in unterschiedlichen Lebensbereichen:

Firmen können bei Betriebsversammlungen auf die Aufgaben bei der Überwindung von Hass und Rassismus hinweisen. Manche Unternehmen organisieren während der UN-Wochen gegen Rassismus eigene Veranstaltungen. Dazu können Prominente für einen Vortrag, ein Podium oder eine Diskussionsrunde eingeladen werden. Dort können sich die Mitarbeitenden austauschen. Vielen wird dadurch Mut gemacht, Gesicht zu zeigen und die Stimme zu erheben, wenn sich Hass oder Rassismus im Betrieb oder Umfeld zeigen.

Gewerkschaften können eigene Veranstaltungen, Kundgebungen, Workshops, Gespräche oder Demonstrationen organisieren. Dazu können Prominente eingeladen werden, die Impulse geben. Der DGB-Vorsitzende hat 2019 in Berlin ein Freitagsgebet besucht und dort zu den Tausenden Gläubigen der Moscheegemeinde gesprochen.

Kommunen und Städte organisieren ihre »eigenen« Wochen gegen Rassismus mit umfangreichen Programmen. Prominente werden zu Veranstaltungen eingeladen und können sich mit einer Rede, einer Podiumsdiskussion, einer Lesung, einem kabarettistischem Beitrag oder einer Filmbesprechung beteiligen.

Prominente aus Kunst und Kultur, die zum Teil selbst Opfer von Hass geworden sind, wirken an unterschiedlichen Veranstaltungen mit und besuchen z.B. Schulen. Sie können ihre persönlichen Erfahrungen den Teilnehmenden darstellen und damit die Realität von Hass und Rassismus greifbarer machen. Teilnehmen-



den wird dadurch bewusst, was es bedeutet, Opfer zu sein und welche Folgen das hat. In Musik- oder Theaterprojekten wird z.B. mit Kindern erarbeitet, sich in die Rolle eines Geflüchteten in Deutschland hineinzusetzen und so eindrückliche Erfahrungen zu machen. Zum Abschluss von Projekttagen kann es Theateraufführungen geben, zu denen auch die Eltern eingeladen werden.

Medienschaffende sprechen darüber, wie in Fernseh- oder Zeitungsinterviews mit Themen wie Hass und Rassismus umgegangen werden kann. Sie können über einen differenzierten und sensiblen Umgang mit diesen Themen unterrichten. Viele von ihnen sind bei sozialen Medien aktiv und können ihre Follower dazu animieren, selbst aktiv zu werden. Dadurch kann ein breites Publikum gewonnen werden.

Politiker und Politikerinnen aus verschiedenen Parteien haben selbst eine Migrationsgeschichte und Erfahrungen im Umgang mit Hass und Rassismus. Sie sind gern angefragte Gäste bei Podiumsdiskussionen, Vorträgen, Workshops und Reden. Sie können von eigenen Erfahrungen mit Rassismus berichten und wie sie damit umgehen. Aber auch wenn keine eigenen Rassismuserfahrungen vorliegen, können sie wichtige Zeichen setzen und medial Aufmerksamkeit für die Themen der Überwindung von Hass und Rassismus hervorrufen.

Religionsvertretungen haben in ihrer theologischen Ausbildung gelernt, sich von anderen Glaubensgemeinschaften abzugrenzen. Das trägt dazu bei, dass fremde Religionen eher negativ dargestellt werden. Fundamentalistische Positionen sind daher in vielen Religionsgemeinden verbreitet. Sie sind noch lange nicht überwunden und tragen zum Entstehen von Hass bei. Deshalb ist es wichtig, Dialoge und Kooperationen zwischen Menschen unterschiedlicher Religion anzuregen. Besonders erfolgreich sind dabei Einladungen von Angehörigen anderer Religionen zu religiösen Feiern in der Zeit der UN-Wochen gegen Rassismus. Solche Begegnungen sind gemeinsam vorzubereiten und dabei ist mit den unterschiedlichen religiösen Traditionen achtsam umzugehen. Bisherige Erfahrungen dazu sind durchweg sehr positiv.

Schulen beteiligen sich vielerorts an den Internationalen Wochen gegen Rassismus und leisten wichtige Aufklärungsarbeit. Sie erreichen nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern auch deren Eltern und Lehrkräfte. An manchen Schulen gibt es eine Veranstaltung in einer Klasse, an anderen findet ein Projekttag oder gar eine Aktionswoche statt, in der fächerübergreifend über die Über-

windung von Hass und Rassismus gesprochen wird. Manche Schulen laden dazu Prominente ein, die über ihre persönlichen Erfahrungen mit Hass und Rassismus erzählen. Es können aber auch Lesungen, Workshops, ein Theaterstück oder Diskussionen sein, zu denen prominent eingeladen wird. Solche Veranstaltungen regen dazu an, über Hass und Rassismus nachzudenken und künftig bewusster zu handeln und zu reden.

Sport hat eine große Integrationskraft – in Deutschland gibt es über 85.000 Sportvereine, in denen unterschiedlichste Menschen zusammenkommen. Beim Sport werden Werte und Normen des fairen Spiels vermittelt. Dazu gehört auch, dass Hass und Rassismus keinen Platz im Sport und in der Gesellschaft haben dürfen. Bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus engagieren sich viele Vereine. Auch Personen von »Prominent gegen Rassismus« werden zu Veranstaltungen eingeladen. Sie geben Interviews, nehmen an Podiumsdiskussionen teil und sprechen mit den Sportlern. An einigen Tagen während der UN-Wochen stehen inzwischen Sportveranstaltungen im Mittelpunkt.

Volkshochschulen beteiligen sich an den UN-Wochen gegen Rassismus und manche gehören zum Aktionsbündnis gegen Rassismus. Einige organisieren mit anderen Initiativen oder der Stadt ein umfangreiches Programm. Um das Interesse zu stärken, werden von Volkshochschulen auch Prominente aus dem Projekt eingeladen. Das können eigene Auftaktveranstaltungen, Filmvorführungen, Lesungen und Vorträge mit anschließenden Diskursen sein.

Die Wissenschaft befasst sich immer häufiger mit der Entstehung von Vorurteilen, Hass und Rassismus. Deswegen werden diese Fachleute gern zu Diskussionen, Vorträgen oder Reden eingeladen. Sie können Fragen ausführlich beantworten und zur Verbreitung einer menschenfreundlichen Kultur beitragen.

Es ist erfreulich, dass sich immer mehr anerkannte und prominente Persönlichkeiten engagieren, um Hass und Rassismus zu überwinden. Diskurse mit diesen Persönlichkeiten haben eine starke Ausstrahlung. Die Veranstaltungen sind meistens sehr gut besucht. Die Teilnehmenden berichten in ihrem Umfeld über diese Begegnungen. Radio, Fernsehen, Zeitungen oder soziale Medien weisen auf diese Veranstaltungen hin und informieren darüber. Zur Überwindung von Rassismus ist ein vielfältiges Engagement erforderlich.

»Engagiert gegen Rassismus« bezeichnet ein weiterführendes Projekt, das die Stiftung gegen Rassismus seit Februar 2020 aufbaute. Über 200 anerkannte Personen aus unterschiedlichen Berufsgruppen arbeiten dabei inzwischen mit und sind bereit, sich einzumischen und zu engagieren. Dazu gehören Persönlichkeiten aus Bereichen wie der Bildung, Bundeswehr, Feuerwehr, Gewerkschaften, Kommunen, Kultur, Medien, Polizei, Religionsgemeinschaften, Sport, Unternehmen, Verbänden und Vereinen, der Wissenschaft und andere. Es werden Menschen gestärkt, die sich im gesellschaftlichen Leben aktiv gegen Hass, Rassismus und Gewalt einmischen. Eine Expert*innen-Datenbank mit Personen aus Literatur, Musik, Wissenschaft oder dem Sport wurde entwickelt, die für unterschiedliche Veranstaltungen genutzt werden kann.

»Solidarisch gegen Rassismus« heißt das Vorhaben, das seit Juli 2022 bei der Stiftung das antirassistische Engagement im Bereich der Gesundheit und in östlichen Bundesländern verstärkt und sich um ein gutes Miteinander von russisch und ukrainisch geprägten Geflüchteten aus der Ukraine bemüht. Es wird von der neuen Antirassismus-Beauftragten und der Beauftragten für Migration, Flüchtlings- und Integration beim Bundeskanzler gefördert.

Russisch- und ukrainisch-orthodoxe Priester und Bischöfe befürworten am 10.8.2022 eine Zusammenarbeit in Deutschland



► SCHULTER AN SCHULTER

Hass führt zu Gewalt. In den vergangenen Jahren haben antisemitische, antimuslimische und rassistisch motivierte Angriffe ein erschreckendes Ausmaß angenommen. Im Jahr 2021 waren in Deutschland von den gemeldeten Fällen im Bereich der Hasskriminalität 3.027 Straftaten antisemitisch und 732 antimuslimisch motiviert. Darüber hinaus ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, da nicht alle Vorfälle gemeldet werden.

Anfang April 2018 wurde deswegen der Arbeitskreis SCHULTER AN SCHULTER gestartet, nachdem in der Stadt Darmstadt die Scheiben einer Moschee eingeworfen und die Außenwände beschmiert wurden. Der dort wohnende Imam und seine Familie hatten Angst und wagten sich nicht mehr nach draußen. In der Stadt passierte erstmal gar nichts. Die Stiftung gegen Rassismus hat dann zusammen mit jüdischen, christlichen und muslimischen Gemeinden und Einzelpersonen einen Brief verfasst und einen Solidaritätsbesuch in der Moschee organisiert. An diesem nahm auch der Oberbürgermeister teil. Zeitungen haben darüber berichtet. Der muslimischen Gemeinde wurde durch die Gespräche und Aktionen wieder Mut gemacht. Diese Erfahrung war der Anstoß, dass SCHULTER AN SCHULTER nach dem Vorbild einer amerikanischen Einrichtung gegründet wurde.

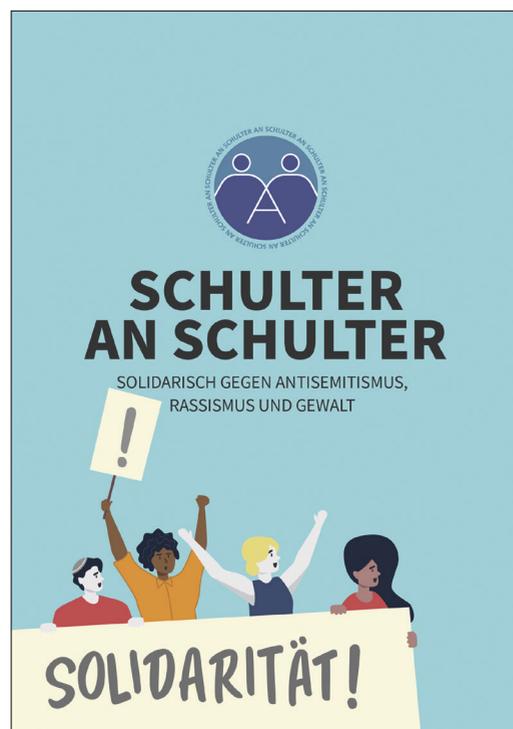
Es wurde eine Leitungsgruppe gebildet, der Abdassamad El Yazidi, Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Marlies Horch, Referentin der Stiftung gegen Rassismus, Dr. Jürgen Micksch, Geschäftsführer des Abrahamischen Forums und Daniel Neumann, Direktor des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Hessen angehörten.

Mitglieder des beratenden Beirats sind Dr. Dr. h.c. Markus Dröge, emeritierter Bischof der Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Dagmar König, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand, Stephan J. Kramer, Präsident des Amtes für Verfassungsschutz beim Ministerium für Inneres und Kommunales in Thüringen, Andreas Lipsch, Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft von PRO ASYL, Jagoda Marinić, Autorin und Journalistin, Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), Erol Pürlü, Sprecher beim Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ), Anja Reuss, Büroleiterin des Beauftragten der Bundesregierung gegen

Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland, Dr. Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland und für die Evaluation Prof. em. Dr. Ulrich Wagner, Professor im Ruhestand für Sozialpsychologie, insbesondere für die Bereiche Prävention von Vorurteilen, Diskriminierung und Gewalt zwischen Gruppen an der Philipps-Universität Marburg

Besonders wichtig sind für SCHULTER AN SCHULTER die Aktiven vor Ort: Menschen, die dazu bereit sind, im Falle von rassistischen Angriffen Kontakte mit den Betroffenen aufzunehmen und solidarische Aktivitäten anzuregen. 135 Persönlichkeiten an über 80 Orten wirken inzwischen bei SCHULTER AN SCHULTER mit.

SCHULTER AN SCHULTER setzt sich dafür ein, dass bei jeder Form von Gewalt breite Solidarisierungen mit den Opfern erfolgen. Die Täter dürfen nicht den Eindruck bekommen, dass menschenfeindliche Aktionen von der Bevölkerung akzeptiert werden. Deshalb gibt SCHULTER AN SCHULTER Anregungen, was bei Anschlägen getan werden kann.



Die Broschüre informiert über mögliche Aktivitäten nach rassistisch motivierten Angriffen

Wo es zu hasserfüllten und gewalttätigen Übergriffen oder Anschlägen kommt, sollen Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam auftreten. Empfohlen werden:

- ▶ **Solidaritätsbesuche bei Betroffenen:** Es geht darum, dass Opfer von Hass und Gewalt nicht alleingelassen werden und Gespräche mit ihnen geführt werden;
- ▶ **Solidarisierende Briefe** mit Unterschriftenlisten;
- ▶ **Medien** sollen über diese Zeichen von Solidarität ausführlich berichten und nicht vor allem über die Gewalttaten. Von Gewalttätern wird es als Erfolg verbucht, wenn über sie in den Medien berichtet wird. Deshalb sollen Medien vor allem die Aktivitäten gegen die Gewalttaten darstellen;
- ▶ **Diskurse im Rathaus** oder anderen Einrichtungen über Hass und Gewalt, bei denen sich auch öffentlich bekannte Persönlichkeiten beteiligen;
- ▶ **Schweigeminuten** bei Sportveranstaltungen oder in Schulen und anderen Einrichtungen;
- ▶ **Veranstaltungen in Religionsgemeinden**, bei denen die von Hass und Gewalt betroffenen Menschen ihre Erfahrungen darstellen und darüber sprechen können.

▶ **Solidarisches Europa**

Im Anschluss an die Planungstagung zu den UN-Wochen 2022 haben wir am 21. September 2021 in Mainz Persönlichkeiten aus den Niederlanden, Österreich und Tschechien eingeladen und vereinbart, einen europäischen Arbeitskreis einzurichten, um Erfahrungen der Zivilgesellschaft bei der Überwindung von Rassismus auszutauschen und dieses Engagement zu stärken.

Schon der Brexit von Großbritannien hatte rassistische Wurzeln. In Dänemark sind die regierenden Sozialdemokraten zu einer rassistischen Partei geworden. In Polen und Ungarn sind rassistische Parteien an der Regierung und spalten Europa. In Italien hat im September 2022 eine postfaschistische Partei die Wahlen gewonnen. Kurz vorher gewannen die rassistischen Schwedendemokraten bei

den Wahlen in Schweden. In Österreich war die rassistische FPÖ mit an der Regierung und nach ihrem Ausscheiden versucht die ÖVP als Regierungspartei, deren Wählerinnen und Wähler zu gewinnen und übernimmt rassistische Positionen. In Frankreich hat eine rassistische Partei große Unterstützung in der Bevölkerung. In Deutschland sitzt eine offen rechte Partei im Bundestag und es gibt viele rassistisch motivierte Anschläge gegen jüdische und muslimische Menschen, Roma und Geflüchtete. Die Europäische Kommission und die europäischen Regierungen tragen die Verantwortung für die Toten im Mittelmeer – ein Ausdruck von rassistischem Verhalten gegenüber Geflüchteten.

Der Rassismus in Europa ist dramatisch. Manche politischen Parteien der Mitte werden in Europa zunehmend rassistischer und nationalistischer. Eher liberale Parteien schweigen zu rassistischen Vorfällen. Die Überwindung von Rassismus ist vor allem auch eine Aufgabe der Zivilgesellschaft. Politische Parteien sind von Wahlen abhängig und engagieren sich kaum gegen Rassismus.

Mehrheiten sind in der Bevölkerung zu organisieren, die sich für eine menschenfreundliche Gesellschaft und die Überwindung von Rassismus einsetzen. Eine

Vielfalt von Aktivitäten ist dafür erforderlich. Das kann das Verhalten politischer Parteien verändern.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen lud die Stiftung gegen Rassismus am 15. Dezember 2021 weitere Persönlichkeiten aus zehn europäischen Ländern zu einem digitalen Treffen ein, bei dem eine gemeinsame Erklärung verabschiedet wurde. Sie gründeten den Arbeitskreis »Solidarisches Europa. Zusammen gegen Rassismus« (SoIE) und betonten in einer »Gemeinsamen Erklärung“:

»Für ein solidarisches und menschenfreundliches Europa sind vielfältige Initiativen möglich. Die Zivilgesellschaft sollte dafür aktiv werden. Der Internationale Tag gegen Rassismus um den 21. März ist dafür nützlich. Er ist ein Kristallisationspunkt für Initiativen und Kooperationen und kann zu einer oder mehreren Wochen ausgeweitet werden.

Um den Rassismus und Rechtspopulismus in europäischen Ländern zu reduzieren ist viel Arbeit erforderlich. Mit einer deutschsprachigen Initiative als Modell wollen wir beginnen.

Wir freuen uns über Aktivitäten auch in anderen Ländern und Sprachen.

Um den 21. März 2022 wollen wir mit beispielhaften Initiativen starten:

- ▶ Thematische Veranstaltungen wie Vorträge, Diskussionen oder Lesungen, bei denen weitere Kooperationspartner und vor allem von Rassismus betroffene Menschen einbezogen werden;
- ▶ Prominente Persönlichkeiten zur Unterstützung des UN-Tages bzw. der Wochen gegen Rassismus gewinnen;
- ▶ Gespräche der Polizei mit Personen, die von Rassismus betroffen sind;
- ▶ Religiöse Feiern, zu denen Menschen anderer Religion eingeladen werden, um gegenseitige Vorbehalte abzubauen;
- ▶ Antirassistische Rundgänge zu Orten des Gedenkens, Synagogen, Moscheen oder Flüchtlingsunterkünften;
- ▶ Viele kreative Möglichkeiten gibt es darüber hinaus z.B. in Schulen, bei der Feuerwehr, dem Sport, bei Vereinen, Unternehmen oder Kommunen.«



Eine Kampagne der Stiftung zur Europawahl 2019

Schon zu den UN-Wochen im März 2022 fanden insbesondere in Tschechien erste Veranstaltungen statt. Die Stiftung gegen Rassismus konnte durch die Förderung von Pro Asyl in Prag eine Teilzeitstelle einrichten. Das hat sich bewährt. Erforderlich ist solch eine Förderung auch in anderen europäischen Ländern.

Anträge auf entsprechende Förderungen bei der Europäischen Kommission wurden nicht bewilligt. Die Stiftung gegen Rassismus und der Arbeitskreis »Solidarisches Europa« wollen sich deshalb um andere Förderungen bemühen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission, diese Arbeit ehrenamtlich zu leisten, ist absurd und übersieht, dass das meiste Engagement bereits ehrenamtlich erfolgt. Rassisten melden sich in den europäischen Regierungen bereits lautstark zu Wort. Bisher haben wir von der Europäischen Kommission keine Unterstützung erfahren. Doch ein rassistisches Europa hat keine Zukunft.

Teilnehmende des Arbeitskreises »Solidarisches Europa« am 19.9.2022 in Mainz



► Für eine menschenfreundliche Gesellschaft

Die Verbreitung einer Kultur des menschenfreundlichen Miteinanders ist das Ziel der Stiftung gegen Rassismus. Durch Kontakte und Gespräche mit Menschen, die von Hass bedroht werden, kann zu einem friedlichen Zusammenleben und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beigetragen werden.

Inzwischen finden in Deutschland weit über 4.000 Veranstaltungen zu den UN-Wochen statt, die von der Stiftung gegen Rassismus angeregt und koordiniert werden. Über 250.000 Menschen nehmen daran teil. Viele Millionen Menschen werden durch die Berichte im Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen oder soziale Medien erreicht. Die jährlichen Wiederholungen anlässlich der UN-Wochen gegen Rassismus um den 21. März erreichen eine große Nachhaltigkeit. Mit Ausnahme der ersten beiden Jahre der Corona-Pandemie erhöhte sich bisher jährlich die Zahl der Veranstaltungen. Es hat uns gefreut, dass die Festveranstaltung zu 25 Jahren UN-Wochen gegen Rassismus am 16. März 2020 im Bundeskanzleramt in Berlin vorgesehen war – sie musste wegen der Corona-Krise kurzfristig abgesagt werden.

Für eine menschenfreundliche und solidarische Gesellschaft kann jede und jeder etwas tun und sich einmischen. Dieses Ziel wird von der großen Mehrheit der Menschen unterstützt. Die Vielfalt der Kulturen ist ein erfolgreiches Modell für das Zusammenleben. Hassgefüllten und rassistischen Menschen darf die Gesellschaft nicht überlassen werden. Das Engagement für ein menschenfreundliches Miteinander erfordert Ausdauer und Geduld. Artikel 1 des Grundgesetzes wird dadurch realisiert: »Die Würde des Menschen ist unantastbar«.

▶ Kooperationspartnerschaften

Die Stiftung kooperiert überwiegend mit bundesweiten Einrichtungen, von denen die Ziele der UN-Wochen gegen Rassismus unterstützt werden und die sich für Veranstaltungen und Aktivitäten in ihrem Arbeitsbereich einsetzen. Sie sind eine entscheidende Basis für Aktivitäten zu den UN-Wochen. Mit Stand vom Oktober 2022 sind es folgende 66 Einrichtungen:

- AFS Interkulturelle Begegnungen e.V.
- Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland
- Anne Frank Zentrum
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V.
- Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Bundes Roma Verband e.V.
- Bundesverband Deutsche Tafel e.V.
- Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- Bundeszentrale für politische Bildung
- Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
- Bund Deutscher Dialog Institutionen (BDDI)
- Bündnis 90/Die Grünen
- CJD Jugenddorf Nienburg / Projekt »s'putnike – junge Kultur«
- Der Paritätische Gesamtverband e.V.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen
- Deutsche UNESCO Kommission
- Deutscher Bühnenverein
- Deutscher Bundesjugendring
- Deutscher Caritasverband
- Deutscher Gewerkschaftsbund DGB
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag
- Deutscher Städtetag
- Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Deutscher Volkshochschulverband
- Deutsches Kinderhilfswerk
- Deutsches Rotes Kreuz
- Deutsch-Türkische Kulturolympiade
- Deutsches Youth For Understanding Komitee e.V. (YFU)
- Diakonisches Werk der EKD
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
- Evangelische Kirche im Rheinland und von Westfalen

- Forum gegen Rassismus
- Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit – Deutscher Koordinierungsrat
- Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)
- Informations- und Dokumentationszentrum (IDA)
- Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD)
- Institut für Kino und Filmkultur e.V.
- IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE)
- Initiative Kulturelle Integration c/o Deutscher Kulturrat e.V.
- Internationaler Bund
- Koordinationsrat der Muslime – KRM (DITIB – Türkisch Islamische Union, Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland, Verband der Islamischen Kulturzentren – VIKZ, Zentralrat der Muslime in Deutschland – ZMD)
- Koordinationsstelle Fan-Projekte (KOS) bei der Deutschen Sportjugend
- Laut gegen Nazis e.V.
- Lesben- und Schwulenverband (LSVD)
- LIONS Club International, MD 111 – Deutschland
- Lippische Landeskirche
- Mach meinen Kumpel nicht an! Für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
- M.T.O. Shahmaghsoudi®
- NaturFreunde Deutschlands
- Netzwerk Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern
- Pax Christi
- Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
- terres des hommes Deutschland e.V.
- Türkisch-Deutsche-Gesundheitsstiftung
- United for Intercultural Action
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf e.V.)
- WDR – Westdeutscher Rundfunk
- World University Service Deutsches Komitee
- Zentralrat der Juden in Deutschland
- Zentralrat Deutscher Sinti und Roma
- Zentralverband des Deutschen Handwerks
- ZDF – Zweites Deutsches Fernsehen

► Prominente und Engagierte gegen Rassismus

Prominente

Über 80 angesehene und anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützen die UN-Wochen gegen Rassismus und nehmen nach Möglichkeit an einer Veranstaltung bei den jährlichen Aktionswochen teil:

Reem Alabali-Radovan

Staatsministerin beim Bundeskanzler, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie Antirassismusbeauftragte

Muhterem Aras

MdL, Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg und Botschafterin der IWgR 2019

Mo Asumang

TV-Moderatorin, Schauspielerin, Autorin und Produzentin

Jakob Augstein

Journalist und Verleger

Karl-Heinz Banse

Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes

Christiane Benner

Zweite Vorsitzende der IG Metall

Prof. Dr. Dr. h.c. Heiner Bielefeldt

früherer Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Dr. Yaşar Bilgin

Mediziner, Vorsitzender der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung e. V.

Prof. Dr. Micha Brumlik

Erziehungswissenschaftler, Publizist, Senior Advisor am Zentrum Jüdische Studien Berlin-Brandenburg

Günter Burkhardt

Geschäftsführer von PRO ASYL

Ali Can

Initiator von #metwo und Leiter des VielRespektZentrums Essen

Sawsan Chebli

ehemalige Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales

PD Dr. Oliver Decker

Direktor des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus und Demokratieforschung, Uni Leipzig

Dr. Karamba Diaby

MdB und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

Şinasi Dikmen

Schriftsteller und Kabarettist

Mirko Drotschmann alias

MrWissen2go

Journalist und Produzent

Prof. Dr. Heiner Dunckel

MdL Schleswig-Holstein

Nancy Faeser

Bundesministerin für Inneres und Heimat

Yasmin Fahimi

Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Romeo Franz

MdEP

Dr. Monika Griefahn

ehem. Umweltministerin Niedersachsens, Mitbegründerin von Greenpeace Deutschland

Kübra Gümüşay

Journalistin, Bloggerin und Netz-Aktivistin

Jimmy Hartwig

ehem. Fußball-Nationalspieler, DFB-Integrationsbotschafter, Fußballtrainer und Theaterschauspieler

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

Gründer und ehem. Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld

Reiner Hoffmann

ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Michael Hugo

Leiter des Integrationsfachdienstes Migration in der Region Mittleres Mecklenburg und Vorpommern-Rügen – migra e.V.

Burkhard Jung

Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Dr. Dr. h.c. Volker Jung

Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Josip Juratović

MdB und ehem. stellv. Sprecher der Querschnitts-AG Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion

Lama Kaddor

MdB, Islamwissenschaftlerin, Islamische Religionspädagogin und Autorin

Dr. Felix Klein

Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus

Kai Klose

Hessischer Minister für Soziales und Integration

Petra Köpping

Staatsministerin für Gleichstellung und Integration beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

Ingo Kramer

Ehrenpräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

Stephan J. Kramer

Präsident des Amtes für Verfassungsschutz beim Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales

Simone Lange

Oberbürgermeisterin der Stadt Flensburg, Mitinitiatorin »Bündnis für ein buntes Flensburg«

Igor Levit

Pianist und Botschafter der IWgR 2021

Andreas Lipsch

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL

Dr. Ulrich Maly

Altobürgermeister der Stadt Nürnberg

Jagoda Marinić

Autorin und Vorstandssprecherin der Stiftung gegen Rassismus

Aiman Mazyek

Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland

Radu Constantin Miron

Orthodoxer Erzpriester, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK)

Matthias Müller

ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Volkswagen AG

Michael Müller

MdB, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin

Daniel Neumann

Direktor des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Hessen

Aydan Özoğuz

MdB und ehem. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Prof. Dr. Jochen Oltmer

Migrationsforscher und Historiker an der Universität Osnabrück

Muhsin Omurca

Kabarettist und Cartoonist

Dr. Irfan Ortac

Stellv. Vorsitzender des Zentralrates der Eziden in Deutschland

Jana Pareigis

TV-Moderatorin und Journalistin

Jochen Partsch

Oberbürgermeister von Darmstadt

Petra Pau

MdB und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags

Simon Pearce

Comedian und Schauspieler

Dr. Simone Peter

Ministerin a.D., ehem. Vorsitzende der Partei Bündnis 90/Die Grünen

Giovanni Pollice

ehemaliger Vorsitzender des Vereins »Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.«

Prof. Dr. Heribert Prantl

ehemaliges Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung

Nadia Qani

Inhaberin des kultursensiblen Pflegedienstes AHP und Autorin

Prof. Gunter Rambow

Grafikdesigner

Romani Rose

Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma

Claudia Roth

MdB und Staatsministerin beim Bundeskanzler

Célia Šašić

Vizepräsidentin des Deutschen Fußball-Bundes für Diversität und Vielfalt und ehemalige deutsche Fußball-Nationalspielerin

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes

Kai Schumann

Schauspieler

Manuela Schwesig

Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast

Journalistin und Parlamentarische Staatssekretärin a. D.

Lionel Souque

Vorstandsvorsitzender der REWE Group

Prof. Klaus Staeck

Grafikdesigner

Dr. Irme Stetter-Karp

Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)

Prof. Dr. Rita Süsmuth

Bundestagspräsidentin a. D.

Marlis Tepe

ehemalige Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

Dr. h.c. Wolfgang Thierse

Bundestagspräsident a. D.

Carlo von Tiedemann

Hörfunk- und Fernsehmoderator

Michael Vassiliadis

Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IG BCE)

Ulrich Wickert

Journalist und Autor

Annette Widmann-Mauz

MdB und ehemalige Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin für Migration, Flüchtlinge und Integration

Max-Fabian Wolff-Jürgens

Vorstand APROTO e.V. und Initiator von »Stimmen des Nordens gegen Fremdenhass und Rechtspopulismus«

Jan Wörner

früherer Generaldirektor der Europäischen Weltraumorganisation ESA

Prof. Dr. Eckart Würzner

Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg

Prof. Dr. Andreas Zick

Sozialpsychologe, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld

Hartmut Ziebs

ehemaliger Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes

General Eberhard Zorn

Generalinspekteur der Bundeswehr

Dr. Theo Zwanziger

Initiator der Stiftung gegen Rassismus

Der aktuelle Stand der Mitwirkenden findet sich auf der Homepage der Stiftung gegen Rassismus unter

<https://stiftung-gegen-rassismus.de/projekte/prominent-gegen-rassismus>

Engagierte

Über 200 anerkannte Persönlichkeiten in unterschiedlichen Lebensbereichen unterstützen die UN-Wochen gegen Rassismus und sind zum Engagement in verschiedenen Zusammenhängen bereit:

Bildung

Kamady Fofana

Lehrer an einer berufsbildenden Schule und in einer Jugendstrafanstalt und Referent zu Antirassismusbearbeitung in Bildungseinrichtungen, Mannheim

Tanja Heßlein

Leiterin der Theodor-Heuss-Realschule, Heidelberg

Elke Hohmann

Leiterin der Volkshochschule Hanau

Natalia Nemirovsky

Gymnasiallehrerin an der Erich Kästner Gemeinschaftsschule Barsbüttel mit Oberstufe

Bundeswehr

Marcel Bohnert

Oberstleutnant i. G. und stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes. Mitbegründer der Initiative #WirGegenExtremismus / #WeAgainstExtremism

Nariman Hammouti

Leutnant zur See & Vorsitzende Deutscher Soldat e.V.

Wiebke Hönicke

Oberleutnant der Pioniertruppe und Kompanieeinsatzoffizier. Mitbegründerin der Initiative #WirGegenExtremismus / #WeAgainstExtremism

Norman Jankowski

Hauptfeldwebel d. R. und Mitbegründer der Initiative #WirGegenExtremismus und #WeAgainstExtremism

Sergej Koch

Oberstabsgefreiter und Stabsdienstsoldat. Mitbegründer der Initiative #WirGegenExtremismus / #WeAgainstExtremism

Knud Neuhoff

Hauptmann d. R. und Teamleiter Sicherheitspolitik beim Reservistenverband



Fabio Nilgen

Kapitänleutnant und Logistikkoffizier sowie Nautischer Offizier an Bord der Fregatten Klasse F125. Mitbegründer der Initiative #WirGegenExtremismus / #WeAgainstExtremism

Lena Pütz

Regierungsinspektorin und Social-Media-Managerin im Bundesamt für Personalmanagement der Bundeswehr. Mitbegründerin der Initiative #WirGegenExtremismus / #WeAgainstExtremism

ThDr. Michael Rohde

Militärdekan an der Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr, Hamburg und am Bundeswehrkrankenhaus Hamburg

Prof. Dr. Patrick Sensburg

Präsident des Reservistenverbandes der Bundeswehr

Torsten Spalkhaver

Hauptmann und Flugverkehrskontroll-offizier (Fluglotse) im Taktischen Luftwaffengeschwader 51 »Immelmann“

Feuerwehr

Orhan Bekyigit

Bundesbeauftragter für Interkulturelles beim Deutschen Feuerwehrverband, Heidelberg

Jan von Bergen

Vizepräsident des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg, Potsdam

Denise Carver

Fachgebietsleiterin Integration bei der Hessischen Jugendfeuerwehr, Wiesbaden

Willi Donath

Vorsitzender des Fachausschusses Jugendpolitik und Integration der Deutschen Jugendfeuerwehr, Schotten

Dr. Karsten Gäbler

Fachbereichsleiter Jugendpolitik bei der Thüringer Jugendfeuerwehr, Jena

Daniel Thomas Geis

Projektreferent beim Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz, Koblenz

Frank Hachemer

Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz und Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Neuwied

Frank Hofmann

Landesbeauftragter für Extremismusprävention des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz, Koblenz

Heiko Holler

Leiter der Feuerwehr Heidelberg

Ralf Keine

Dienstgruppenleiter der Feuerwache 11 in Frankfurt/M., Autor der Publikation „Die Feuerwehr Frankfurt am Main und die jüdische Bevölkerung der Stadt 1933 – 1945“

Michael Klein

Geschäftsführer des Landesfeuerwehrverbandes Rheinland-Pfalz, Koblenz

Frank Kliem

Vizepräsident Landesfeuerwehrverband Brandenburg e.V.

Gerd Rademacher

Fachbereichsleiter Jugendpolitik bei der Landesjugendfeuerwehr Brandenburg, Potsdam

Rolf Schamberger M.A.

Leiter des Deutschen Feuerwehr-Museums Fulda e.V., Fulda

Gewerkschaften

Manuel Campos

Früherer Abteilungsleiter beim Bundesvorstand der IG Metall, Mörfelden-Walldorf

Alexander Klein

Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Frankfurt am Main und Region

Leo Monz

Vorstand ver.di Senioren Leverkusen; Mitglied DGB Stadtverband Leverkusen, Leverkusen

Vimala Sahner-Thiagarajan

Vorsitzende Migrationsausschuss für den ver.di-Bezirk Frankfurt am Main und Region

Kommunen

Hamado Dipama

Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats, Referent für Antidiskriminierungs- und Antirassismusbearbeitung bei AGABY sowie Vorstandsvorsitzender des Netzwerks Rassismus- und Diskriminierungsfreies Bayern

Halima Gutale

Integrationsbeauftragte der Stadt Pfungstadt, Vorstandsmitglied von PRO ASYL und Gründerin des Vereins Halima Aktiv für Afrika e.V., Pfungstadt

John Kannamkulam M.A.

Vorsitzender Forum Gemeinsames Hanau (FGH), Gründungstifter der Stiftung gegen Rassismus und Schirmherr der Internationalen Wochen gegen Rassismus in Hanau

Marcus König

Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Nilüfer Kuş

Erziehungs- und Bildungswissenschaftlerin und Leiterin der Fachstelle gegen Rechts-Extremismus und Rassismus im Büro für Integration, Kreis Groß-Gerau

Kultur

Sylvia Beyerle aka Mom Bee

Jazz-, Blues- und Soulsängerin sowie bildende Künstlerin, Augsburg

Clemens Bittlinger

Pfarrer, Kommunikationswirt, Buchautor und Liedermacher

Bassam Ghazi

Künstlerischer Leiter vom Import Export Kollektiv – Schauspiel Köln

Soufeina Hamed alias Tuffix

Comic artist | illustrator, Berlin, M.Sc. Intercultural Business and Social Psychology

Brigitte Heidebrecht

Autorin, Schwerpunkt Flüchtlingsintegration

Thyra Holst

Verantwortliche für das sozialpolitische Kunstprojekt FACES OF US. Eine partizipative Portraitsausstellung des gemeinnützigen Vereins kulturdialog e.V., Overath

Christina Hönes

Verantwortliche für das Projekt »Mein Alltag – Dein Rassismus«, POLLUX Films, Berlin

Hannes Jaenicke

Schauspieler

Marc Marshall

Entertainer, Sänger, Produzent

M-Cine Stummfilmvertonung

Katharina Stashik – Saxophonistin
Dorothee Haddenbruch – Pianistin

Ralph Nitzsche

Verantwortlicher für das sozialpolitische Kunstprojekt FACES OF US. Eine partizipative Portraitsausstellung des gemeinnützigen Vereins kulturdialog e.V., Achern

Behnush Martinez

Fotografin und Initiatorin des Projekts »Farbe gegen Braun«, Hannover

Adriaan van Veen

Schauspieler, Hannover

Ronja von Wurmb-Seibel

Autorin und Filmemacherin

August Zirner

Schauspieler

Medien

Souad Abbas

Chefredakteurin der arabischsprachigen Zeitung Abwab

Madeleine Bierlein

Redakteurin beim »Mannheimer Morgen«

Dr. Carmen Colinas

Freie Journalistin bei der Abteilung Multimediale Aktualität des SWR, Mainz

Dr. Pablo Díaz

hr-Info Kulturredaktion, Frankfurt/M.

Patrick Gensing

Journalist, Faktenchecker und Buchautor

Eren Güvercin

Journalist, Köln

Hadija Haruna-Oelker

Journalistin und Moderatorin, Frankfurt/M.

Lars Hennemann

Chefredakteur der Rhein-Zeitung, Koblenz

Khola Maryam Hübsch

Deutsche Journalistin, Publizistin und Referentin, Frankfurt/M.

Dr. Iva Krtalic

Integrationsbeauftragte des WDR, Köln

Sina Laubenstein

Projektleiterin No Hate Speech Movement Deutschland bei den Neuen deutschen Medienmacher*innen e.V., Berlin

Abdul-Ahmad Rashid

Redakteur beim ZDF-»Forum am Freitag«, Köln

Dr. Margit Roth

Chefredakteurin der Straßenzeitung BISS, München

Ursula Rüssmann

Redakteurin bei der Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M.

Niklas Schenck

Journalist, Autor und Filmemacher

Joachim F. Tornau

Freier Journalist mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus, Kassel/Hamburg

Minh Thu Tran und Vanessa Vu

Vanessa Vu und Minh Thu Tran, Journalistinnen und Hosts des Podcasts »Rice and Shine«, Berlin und Köln

Salman Tyyab

Medienberater und Chefredakteur beim muslimischen Fernsehsender Muslim Television Ahmadiyya (MTA), Frankfurt/M.

Dr. Dieter Schneberger

Verantwortlicher Redakteur beim epd Mitte-West, Frankfurt/M.

Polizei

Peter Balschmiter

Leiter des Fachbereiches Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow

Necati Benli

Landesmigrationsbeauftragter der hessischen Polizei, Wiesbaden

Miriam Caballero

Polizeioberkommissarin und Mitarbeiterin am Institut für transkulturelle Kompetenz in der Akademie der Polizei Hamburg, Themenschwerpunkt: Rassismus

Sonja Clasing

Politikwissenschaftlerin und Mediatorin, Leiterin des Instituts für transkulturelle Kompetenz in der Akademie der Polizei Hamburg

Koray Egeli

Polizeioberkommissar, offizielle Ansprechperson der Polizei Berlin für Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Themenschwerpunkte: Muslimfeindlichkeit und Rassismus gegen Schwarze

Oliver von Dobrowolski

Kriminalhauptkommissar in der Polizeidirektion Berlin City und Gründer der Initiative BetterPolice

Victor Ocansey

Erster Polizeihauptkommissar, Pressesprecher und Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim LAFP Polizei NRW

Vanessa Pasquariello

Antidiskriminierungsbeauftragte und Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main

Eva Petersen

Kriminalrätin, offizielle Ansprechperson der Polizei Berlin für Antisemitismus und andere Phänomene Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Jörg Radek

Stellv. Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei

Wolfgang Reich

Wolfgang Reich, Polizeihauptkommissar, Polizeipräsidium Mannheim, Referat Prävention

Dr. Vanessa Salzmann

Professorin für Polizeiwissenschaften, Soziologie und Politik an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW

Dietmar Schilff

Stellv. Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und Vorsitzender GdP Niedersachsen

Michael Siemes

Polizeihauptkommissar und Kontaktbeamter für muslimische Institutionen bei der Polizei Hagen, NRW

Wilhelm Stratmann

Lehr- und Ausbildungstrainer für interkulturelle Kompetenz der Polizei NRW, ca. 18.000 Polizeibedienstete besuchten seine Seminare und Vorträge, Warendorf

Sinja Wernz

Wissenschaftliche Mitarbeiterin für die Prävention von politisch motivierter Kriminalität im Polizeipräsidium Südhessen, Darmstadt

Religion

Şenay Altıntaş

Leiterin Öffentlichkeitsarbeit Emir-Sultan-Moschee, Darmstadt

Bendix Balke

Pfarrer der Interkulturellen Kirchengemeinde, Bad Kreuznach

Said Barkan

Zentralrat der Muslime in Deutschland, Vorsitzender des Landesverbandes Hessen, Frankfurt/M.

Johannes Borgetto

Moderator des Interreligiösen Arbeitskreises und des Koordinationskreises Asyl Darmstadt

Anna Karolina Brychcy

Stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Buddhistischen Union

Nils Clausen

Vorsitzender der Deutschen Buddhistischen Union

Ihsan Dilber

Vorsitzender der Alevitischen Gemeinden in Hessen

Dr. Galia Díez

Vorstand MTO Sufi Verband e.V., Frankfurt

Abdassamad El Yazidi

Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Köln

Michael Fürst

Präsident des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Hannover

Anjali George

Hinduistisches Vorstandsmitglied im Frankfurter Rat der Religionen

Dr. Detlef Görrig

Oberkirchenrat und Referent für Mission und Theologie beim Deutschen Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB), Hannover

Tsunma Jinpa

Ratsmitglied und Dialogbeauftragte der Deutschen Buddhistischen Union

Petra Kunik

Jüdische Vorsitzende der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Frankfurt e.V., Vorstandsmitglied des Abrahamischen Forums in Deutschland u.a., Schriftstellerin

Pfarrer Andreas Lipsch

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau und Diakonie Hessen, Frankfurt/M.

Aiman Mazzyk

Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Köln

Daniel Neumann

Direktor des Landesverbands der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Darmstadt

Pfarrer Kathleen Niepmann

Evangelische Kirche in Hessen und Nassau

Jascha Noltenius

Beauftragter für auswärtige Angelegenheiten und Menschenrechtsfragen des Nationalen Geistigen Rates der Bahá'í in Deutschland, Berlin

Dr. Irfan Ortaç

Stellv. Vorsitzender des Zentralrats der Eziden in Deutschland, Staufenberg/Hessen

Rafet Öztürk

DITIB – Türkisch Islamische Union, Abteilung für Außenbeziehungen, Köln

Erol Pürlü

Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ), Referent für Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Köln

Khushwant Singh

Rat der Sikh-Religion

Sport

Leon Goretzka

Fußballspieler beim FC Bayern und der deutschen Nationalmannschaft

Holger Scholze

Präsident des Fußballvereins SG Dynamo Dresden

Dennis Eckhardt

Schiedsrichter im Fußballkreis des NFV Northeim-Einbeck

1. FC Köln

Fußball-Club

Unternehmen

Asphaltgold

distorted people

Flame2Fame

Mea – Antidiskriminierungschatbot

Siemens AG

Volkswagen

AudiStiftungen

Verbände und Vereine

Mariette Nicole Amoussou

Mitgründerin des Vereins Meine Welt e.V., Beraterin & Trainerin für entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Fachpromotorin für Migrantische Partizipation und Postkolonialismus in Baden-Württemberg, Lampertheim

Dr. Sun-Ju Choi

Vorsitzende von korientation e.V. – Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven und stellvertretende Geschäftsführerin bei den Neuen deutschen Medienmacher*innen e.V., Berlin

Ansgar Drücker

Geschäftsführer des bundesweit tätigen Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuserbeit e.V. (IDA), Düsseldorf

Ingrid Forsting

Servicestelle Antidiskriminierungsarbeit, Caritasverband für den Oberbergischen Kreis, Gummersbach

Radoslav Ganev

Geschäftsführer Lichterkette e.V., München

Lina Najmi

Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei dem Verein Ufuq und dem Modellprojekt RISE

Corine Ngahan

Stabsstelle Vielfalt, Caritasverband Darmstadt e. V., Darmstadt

Prof. Dr. Manfred Pohl

Gründer, Frankfurter Kultur Komitee e.V., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Frankfurter Zukunftsrat e.V., FFM

Tayyaba Rana

Vorstandsmitglied beim islamischen Wohlfahrtsverband An-Nusrat e.V., FFM

Stefanie Rhein

Caritasdirektorin, Caritasverband Darmstadt e. V., Darmstadt

Cornelia Rühlig

Vorstandsvorsitzende der Margit-Horváth-Stiftung, Mörfelden-Walldorf

Berenike Schwarz

Geschäftsführung von KAST, Schleswig-Holstein

Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder (VCP) e.V.

Vorstand: Natascha Sonnenberg, Neals Nowitzki und Oliver Mahn

Alexander Weinlein

Gründer des Vereins HERZ statt HETZE Neckar-Odenwald-Kreis

Fabian Wörz

Projektleitung in dem Modellprojekt RISE und medienpädagogischer Referent am JFF – Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, Berlin

Wissenschaft

Prof. Dr. Susan Arndt

Professorin für Englische Literaturwissenschaft und Anglophone Literaturen an der Universität Bayreuth

Prof. Dr. Bekim Agai

Professor für Kultur und Gesellschaft des Islam in Geschichte und Gegenwart an der Goethe-Universität, Direktor der Akademie für Islam in Wissenschaft und Gesellschaft (AIWG) in Frankfurt am Main und Geschäftsführender Direktor des Zentrums für Islamische Studien Frankfurt/Gießen

Prof. Dr. Naime Çakir-Mattner

Professorin für Islamische Theologie mit dem Schwerpunkt muslimische Lebensgestaltung und Bundesverdienstkreuzträgerin, Gießen

Prof. Dr. Naika Foroutan

Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Gründungsvorstand des DeZIM e.V. und Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)

Prof. Dr. Karim Fereidooni

Juniorprofessor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Ingo Hofmann

apl. Professor i.R., Goethe Universität Frankfurt, Physiker, vorm. Beauftragter für Menschenrechtsfragen der Baha'i-Gemeinde in Deutschland, Potsdam

Dr. Sandra Keßler

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fach Kulturanthropologie an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Prof. Dr. Karl-Josef Kuschel

Autor und Professor an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Tübingen, Tübingen

Prof. Dr. Paul Mecheril

Professur für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Migration an der Universität Bielefeld

Dr. Nkechi Madubuko

Soziologin, Autorin, freie Moderatorin und Diversity Trainerin. Dozentin an der Universität Kassel (Soziale Arbeit) und Hochschule Koblenz (FB Sozialwissenschaften)

Dr. Hamideh Mohagheghi

Muslimische Theologin an der Universität Paderborn sowie Sprecherin des Rates der Religionen in Hannover, Hannover

Dr. Marion Rauchert

Direktorin der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow

Prof. Dr. iur. Beate Rudolf

Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte (DIMR), der Nationalen Menschenrechtsinstitution Deutschlands, Berlin

Prof. Dr. habil. Albert Scherr

Leiter des Instituts für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, Mitglied im Rat für Migration sowie im Beirat der Bildungsakademie beim Zentralrat der Sinti und Roma, Freiburg

Prof. Dr. Karin Scherschel

Professorin für Flucht- und Migrationsforschung, Leiterin des Zentrums Flucht und Migration, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Dr. phil. habil Axel Schulte

apl. Professor i.R., Institut für Politikwissenschaft, Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Tobias Singelstein

Inhaber des Lehrstuhls für Kriminologie an der Juristischen Fakultät und kooptiertes Mitglied der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr Universität Bochum

Dr. Ulrich Wagner

Professor em. für Sozialpsychologie an der Philipps-Universität Marburg, Marburg

Prof. Dr. Ulrike Zöllner

Studiendekanin der Fakultät für Sozialwissenschaften bei der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes htw saar

Weitere Engagierte**Dr. Maryam Balke**

Leitende Oberärztin am St. Marien-Hospital Köln sowie Vorstandsvorsitzende der MTO Shahmaghsoudi

Prof. Dr. Maurice Balke

Facharzt für Orthopädie & Unfallchirurgie und Sportmedizin, Köln

Dr. Kamal Eslam-Behadorie

Arzt, Rüsselsheim

► Das Aktionsbündnis

Hunderterte von Organisationen, Initiativen, Schulen und Vereinen beteiligen sich jedes Jahr vor Ort mit vielfältigen Veranstaltungen zur Überwindung von Hass und Menschenfeindlichkeit. Diese lokalen Einrichtungen sind die aktive Basis der UN-Wochen gegen Rassismus. Um ihnen eine Öffentlichkeit zu geben und sie in einem Netzwerk zusammenzuschließen wurde das Aktionsbündnis gegründet, dem im Oktober 2022 über 130 Mitglieder angehörten. Im September werden die Mitwirkenden jedes Jahr von der Stiftung gegen Rassismus zu einer Planungstagung eingeladen, um Schwerpunkte für das folgende Jahr zu beraten. Daran nehmen in der Regel jährlich 80 Teilnehmende aus allen Teilen Deutschlands teil.

Zu dem Bündnis gehören Gruppen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen: Ausländerbeiräte, Bibliotheken, Bildungsvereine, Frauenkreise, Gewerkschaftsgruppen, Initiativgruppen, Jugendverbände, Kinderzentren, Kommunen, kulturelle Einrichtungen, Landkreise, Netzwerke, Religionsgemeinschaften, Volkshochschulen, Schulen, Sozialverbände, Sportvereine oder Städte.

Sie organisieren Vorträge und Diskussionen, Workshops über Rassismus, Informationsveranstaltungen zu Antworten auf Hassmails, Debatten zu Filmen über Hass und Rassismus, Infostände auf Marktplätzen, Gespräche mit Zeitzeugen von rassistischen Vorfällen, Lesungen und musikalische Abende, Menschenketten, Buchlesungen für Kinder, Schulstunden, Besuche von Synagogen und Moscheen, Buchausstellungen, Straßentheater zu Hass und Rassismus, Fotokampagnen mit dem Motto gegen Hass und Rassismus, Unterschriftenaktionen, Verbreitung von Posts bei sozialen Medien, Radiosendungen, Fernsehbeiträge und Videos, Zeichnerworkshops zur Thematik und vieles mehr. Im Anschluss an die Veranstaltungen finden in der Regel Diskussionen statt.

- 3ALOG – interreligiöse, interkulturelle Begegnung e.V.
- Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Mülheim an der Ruhr e.V.
- AEF – Spanische Weiterbildungsakademie e.V.
- Arbeiterwohlfahrt Schleswig e.V., Familienzentrum St. Jürgen
- Alevitische Gemeinde Dortmund
- Arbeiterwohlfahrt, Unterbezirk Ennepe-Ruhr
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V.
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns – AGABY

- Arbeitsgemeinschaft Garten der Religionen für Karlsruhe e.V.
- Astrid Lindgren Schule Edewecht
- Aufstehen gegen Rassismus
- AWO Kreisverband Mittelfranken-Süd e.V. Wohnpflegeheim Wengen
- AWO Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
- AWO Region Hannover e.V.
- AWO Vielfalt MSE gGmbH
- BBS Rotenburg
- Bildungsverein Soziales Lernen und Kommunikation e.V.
- Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
- Burgdorfer Mehr-Generationen-Haus e.V.
- Bündnis Fürstenfeldbruck ist bunt – nicht braun
- Bündnis für Zivilcourage »Hof ist bunt«
- Büro für interkulturelle Angelegenheiten Gelnhausen
- Büro für interkulturelle Angelegenheiten im Main-Kinzig-Kreis
- Büro für Migrationsfragen Braunschweig
- Caritasstelle Friedberg im GDL
- Caritasverband Darmstadt e.V.
- Caritasverband für den Oberbergischen Kreis/Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit
- Caritasverband Geldern-Kevelaer e.V.
- CEC-Connect e.V.
- Christlich-Islamische Arbeitsgemeinschaft Marl
- ColoredGlasses, ein Bildungsangebot des deutschen Youth For Understanding Komitee e.V. (YFU), Hamburg
- colorido e. V. Plauen
- Coswig – Ort der Vielfalt
- Das Boot Wismar e.V. Verein zur Förderung seelischer Gesundheit und Integration
- DaVinci Gesamtschule Potsdam
- Demokratie in der Mitte – Partnerschaften für Demokratie in Wedding & Moabit
- Der Bunte Hirsch
- Diakonisches Werk Berlin-Stadtmitte: Flüchtlingskirche
- DIE LINKE Bingen und Umgebung
- DIE LINKE. Kreisverband Bautzen
- DIE LINKE. Kamenz
- diversity München e.V.
- DRK Kreisverband Donnersberg e.V.
- Empowering People e.V.
- Fachstelle für interkulturelle Bildung und Beratung – FiBB e.V.
- Ferdinand-Porsche-Gymnasium, Stuttgart-Zuffenhausen
- Frauenkreise. Den Blick öffnen
- Frei-Zeit-Haus e.V.
- Gemeindebibliothek Peißen
- Gemeinschaftsschule Nohfelden-Türkismühle
- Georg-Sonnin-Schule, Lüneburg
- Gesamtschule Jüchen
- GrünheideNetzWerk e. V., Netzwerkladen Grünheide
- Haus kirchlicher Dienste der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover
- Herz statt Hetze Neckar-Odenwald-Kreis
- IG BCE Arbeitskreis Migration/Integration der Bezirke Moers und Duisburg
- IGS Wallstraße Wolfenbüttel
- Imani e.V.
- Initiative »Landkreis Böblingen bleibt bunt«
- Inssan e.V.
- Integrationsbeauftragte der Stadt Cottbus
- Integrationsbeauftragte/Integrationsbeirat der Stadt Ansbach
- Integrations- und Ausländerbeauftragte der Landeshauptstadt Dresden
- Integrationshaus e.V. Köln
- Integrationsrat Stadt Kaarst
- Interkulturelles Zentrum für Dialog und Bildung e.V.
- Internationaler Bund e.V. Berufliche Schulen Waiblingen
- Internationaler Bund Jugendmigrationsdienst Wiesbaden
- In-RAGE Ingelheimer Bündnis gegen Rassismus und Gewalt e.V.
- Islamisches Kompetenzzentrum für Wohlfahrtswesen (IKW e.V.)
- IN VIA Aschaffenburg (Europabüro)
- Jugendbüro Burghausen
- Jugendhaus Merzig
- Karl Kübel Schule Bensheim
- Kommunales Integrationszentrum Münster
- Kommunales Integrationszentrum Kreis Unna
- Kongregation der Jakobusschwestern
- Koordinierungsstelle Integration und Beirat für Migration und Integration der Stadt Neuwied
- Kreis der Düsseldorfer Muslime
- Kreisintegrationszentrum Mettmann
- Kreisjugendring Erding
- Kreisverwaltung Groß-Gerau/ Büro für Integration
- Landessportbund Nordrhein-Westfalen e.V.
- Mariengymnasium Bocholt
- Mensch im Mittelpunkt e.V.
- migra – Sprache, Bildung und Integration für MigrantInnen in Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Migranten-und Integrationsbeirat der Stadt Bamberg
- Mukiva Kinder-und Familienzentrum
- NARUD e.V. – Network African Rural and Urban Development

- Netzwerk »Buntes Weimarer Land«
- Netzwerk »Lüneburger Wochen gegen Rassismus – Für eine offene Gesellschaft«
- Netzwerk gegen Islamfeindlichkeit und Rassismus Leipzig e.V.
- NRWeltoffen Aachen
- »Potsdam! bekennt Farbe« – Servicestelle Tolerantes und Sicheres Potsdam
- Quartiersmanagement Hellersdorfer Promenade
- RainBOW e.V. Wolfsburg
- SCHURA – Islamische Religionsgemeinschaft Schleswig-Holstein e.V.
- Schwimmverband NRW e.V.
- Sekundarschule Hohe Mark Reken
- Sekundarschule Soest
- Serious FUN – Let's play for Social Europe, the UN SDGs and a Fair World
- Sondershausen ist Bunt
- SoNII e. V., Sozialpsychiatrisches Kompetenzzentrum MEO
- Soziale Dienste Jugendhilfe gGmbH/ Patenschaftsbüro Magdeburg
- Stabsstelle Integrationsplanung Mönchengladbach
- Stadt Heilbronn (Stabsstelle Partizipation und Integration)
- Stadt Karlsruhe
- Stadt Lengerich
- Stadt Osnabrück (Büro für Friedenskultur)
- Stadtverwaltung Apolda
- Starkenburg-Gymnasium Heppenheim
- Stiftung Schüler helfen Leben
- TANDEM – soziale Teilhabe gestalten – e.V.
- Team Jugendarbeit Weingarten
- Takva Moschee Gemeinde Peine
- Treberhilfe Dresden e.V. Abenteuer-spielplatz Panama
- Universität Hamburg – Projekt »Engagementförderung durch universitäre Lehre«
- Verein für internationale Jugendarbeit e.V.
- Verein für multinationale Verständigung Rodgau e.V.
- Verein für Toleranz und Menschlichkeit Südpfalz e.V.
- Volkshochschule Castrop-Rauxel
- Volkshochschule Celle
- Volkshochschule Eching e.V.
- Volkshochschule Hanau
- Volkshochschule für den Landkreis Cloppenburg e.V.
- Warsteiner Tennispark e.V.
- Wir hier! Verein für kulturelle Vielfalt in Südwestfalen e.V.
- Wir in Dorsten gegen Rechts
- Zinnschmelze – Barmbeker Verein für Kultur + Arbeit
- Zugvögel – Grenzen überwinden e.V.

► Förderungen

Sponsoren

Die Stiftung gegen Rassismus wird durch zahlreiche Sponsoren gefördert. Öffentlich wird eine breite Unterstützung angestrebt um deutlich zu machen, dass die Überwindung von Rassismus eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft ist.

Der Haushalt der Stiftung gegen Rassismus betrug im Jahr 2021 etwas mehr als 600.000.- Euro bei Einnahmen und Ausgaben – knapp die Hälfte davon finanzierten Bundesministerien und Bundesländer. Die andere Hälfte erfolgte durch Förderungen der gewerblichen Wirtschaft, Religionsgemeinschaften, Verbänden, Organisationen, Vereinen und Privatpersonen.

Folgende **Unternehmen** haben die UN-Wochen gegen Rassismus finanziell gefördert:

- BASF
- E.ON
- Fraport AG
- Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG
- Casino Merkur Spielothek GmbH & Co. KG
- Randstad Deutschland GmbH & Co. KG
- REWE Markt GmbH
- SIEMENS
- Sky Deutschland
- Sparkasse Darmstadt
- Symrise AG

Staatliche Förderungen

Die Stiftung gegen Rassismus wird von staatlichen Einrichtungen auf Bundesebene und Landesebene gefördert:

- Bundesministerium des Innern und für Heimat
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend »Demokratie leben!«
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
- Tolerantes Brandenburg
- Hessen aktiv für Demokratie und gegen Rassismus

- Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte von Niedersachsen
- Die Antisemitismusbeauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen
- Ministerium für Familien, Frauen, Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz
- Der Ministerpräsident des Saarlandes
- Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt des Freistaates Sachsen

Unterstützer*innen

Folgende Einrichtungen unterstützten die Stiftung gegen Rassismus finanziell, inhaltlich sowie durch herausragende Aktivitäten:

- Amadeu Antonio Stiftung
- BMW AG
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- DFL Stiftung
- Deutscher Fußball-Bund (DFB)
- Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund
- Evangelisch Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
- IG Metall (IGM)
- Merck KGaA
- Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
- PRO ASYL
- Sebastian Cobler Stiftung
- Stifterverband
- Volkswagen AG

Gründungsstiftungen erfolgten durch:

Claude Amelon	Reiner Block, Geschäftsführer TÜV Hessen
Prof. Dr. Klaus J. Bade, Berlin	Dr. Konrad Buschbeck
Bahà'i Gemeinde in Deutschland K.d.ö.R.	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.
M. Bangert und W. Spengler	Hartmut Dreier
Christiane Benner, Frankfurt	Ansgar Drücker

Dr. Nadeem Elyas, Präsident Internationales Islamisches Stiftungswerk-Bildung und Kultur

Ev. Kirche im Rheinland

Ive Hauswald

IGMG e.V.

IG BCE Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie

John Kannamkulam M.A., Bundesvorstand Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.

Heiko Kauffmann (Mitgründer von PRO ASYL)

Stephan J. Kramer/ Landeshauptstadt Stuttgart

Herbert Leuninger (Mitgründer von PRO ASYL)

Jagoda Marinić

MTO Shahmaghsoudi (Schule des islamischen Sufismus e.V.)®

Jochen Partsch, Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt

Rewe Markt GmbH Köln

Wolfgang Rhode, ehemaliges geschäftsführendes Vorstandsmitglied IG Metall

Angelika Ribler

Dr. Dieter Salomon, Oberbürgermeister der Stadt Freiburg im Breisgau

Prof. Dr. Axel Schulte

Helga Schwitzer, Gewerkschafterin Stadt Karlsruhe

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Parl. Staatssekretärin a.D.

Eine Zustiftung erfolgte durch Dr. Jürgen Micksch.

► Satzung der Stiftung gegen Rassismus

Präambel

Am 21. März 1960 demonstrierten in Sharpeville/Südafrika Tausende Menschen gegen die rassistischen Passgesetze. Die Polizei schoss in die Menge und tötete 69 Menschen, darunter acht Frauen und zehn Kinder. 1966 erklärten die Vereinten Nationen den 21. März zum »Internationalen Tag zur Überwindung von rassistischer Diskriminierung«. 1979 wurde aus dem UN-Gedenktag eine alljährliche Aktionswoche. Der Interkulturelle Beauftragte der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, Jürgen Micksch, hat sich als Vorsitzender des Interkulturellen Rates in Deutschland seit 1994 für diesen Gedenktag engagiert, der seit 2008 zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus weiterentwickelt wurde. Theo Zwanziger hat 2014 als Botschafter der Internationalen Wochen gegen Rassismus dafür eine Stiftung initiiert und eingerichtet. Weitere Gründungstifter sind der Interkulturelle Rat in Deutschland e.V., die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, der Förderverein PRO ASYL e.V. und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB).

§ 1 Name, Rechtsform, Sitz der Stiftung

1. Die Stiftung führt den Namen »Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus« (kurz Antirassismus-Stiftung).
2. Sie ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Darmstadt.

§ 2 Stiftungszweck

1. Zweck der Stiftung ist die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.
2. Die Stiftung verwirklicht ihren Stiftungszweck insbesondere durch
 - die Vorbereitung, Planung, Durchführung, Koordinierung und Nacharbeit von Veranstaltungen zu den jährlichen UN-Wochen gegen Rassismus,

- die Herausgabe von Materialien, Plakaten, Broschüren, Handzetteln, Videos etc. zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus, die insbesondere Schulen, Sportvereinen, Kirchengemeinden, Kommunen und Initiativgruppen zur Verfügung gestellt werden,
- die Förderung von Modellprojekten, die das Ziel haben, zur Überwindung von Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem Rassismus oder Rassismus gegenüber Menschen anderer Hautfarbe und Flüchtlingen beizutragen,
- Bildungsmaßnahmen für die Anerkennung von Menschen fremder Herkunft und Kultur sowie die dafür erforderliche Öffentlichkeitsarbeit.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts »Steuerbegünstigte Zwecke« der Abgabenordnung.
2. Die Stiftung ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Sie darf keine juristischen oder natürlichen Personen durch Ausgaben, Zuwendungen oder sonstige Leistungen, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigen.
3. Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.

§ 4 Stiftungsvermögen

1. Das Stiftungsvermögen besteht im Zeitpunkt der Anerkennung aus Euro 50.000,00 (in Worten: fünfzigtausend Euro) in bar.
2. Das Stiftungsvermögen ist ertragsbringend anzulegen und in seinem Bestand dauernd und ungeschmälert zu erhalten. Das Stiftungsvermögen darf umgeschichtet werden.
3. Das Vermögen der Stiftung kann durch Zustiftungen der Stifter oder Dritter, die ausdrücklich als solche bestimmt sind, erhöht werden. Die Stiftung ist berechtigt aber nicht verpflichtet, Zustiftungen dieser Art anzunehmen.

4. Zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Stiftung können aus den Erträgen des Stiftungsvermögens Rücklagen in der gesetzlich zulässigen Höhe gebildet werden.
5. Die Stiftung kann gegen Erstattung der dadurch verursachten Kosten die Trägerschaft von nicht rechtsfähigen Stiftungen oder die Verwaltung von rechtsfähigen Stiftungen mit gleichem oder ähnlichem Zweck übernehmen.

§ 5 Stiftungsmittel

1. Die Stiftung erfüllt ihre Aufgaben aus den Erträgen des Stiftungsvermögens sowie aus sonstigen Zuwendungen wie Förderungen und Spenden, soweit diese keine Zustiftungen zum Stiftungsvermögen sind.
2. Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden.
3. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen der Stiftung besteht nicht.

§ 6 Organe der Stiftung

1. Organe der Stiftung sind
 - der Stiftungsrat und
 - der Vorstand.
2. Die Stiftung kann zur Erledigung ihrer Aufgaben Personal auch gegen Entgelt beschäftigen oder Aufgaben ganz oder teilweise auf Dritte übertragen. Die Verwaltung der Stiftung kann an einem anderen Ort als dem Sitz der Stiftung wahrgenommen werden.
3. Die Stiftung ist verpflichtet, über ihr Vermögen und ihre Einnahmen und Ausgaben nach kaufmännischen Grundsätzen Buch zu führen, jährlich einen Haushaltsplan und nach Ende jeden Geschäftsjahres einen Jahresabschluss zu erstellen.
4. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 7 Stiftungsrat

1. Der Stiftungsrat besteht aus drei bis fünf Personen.
2. Der Stiftungsrat ergänzt sich durch Zuwahl selbst. Die Amtszeit des Stiftungsrates beträgt sechs Jahre. Eine Wiederwahl ist zulässig. Findet eine Wahl nicht statt, bleibt der Stiftungsrat bis zur Wahl der neuen Mitglieder im Amt.
3. Der Stiftungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden/eine Vorsitzende und einen stellvertretenden Vorsitzenden/eine stellvertretende Vorsitzende. Erster Vorsitzender ist der Stifter Theo Zwanziger, der auch die ersten Stiftungsratsmitglieder benennt.

§ 8 Aufgaben des Stiftungsrates

1. Der Stiftungsrat wacht über die Einhaltung des Stifterwillens, entscheidet in allen Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung und beaufsichtigt den Vorstand.
2. Der Beschlussfassung durch den Stiftungsrat unterliegen insbesondere
 - die Genehmigung des Haushaltsplans,
 - die Feststellung des Jahresabschlusses,
 - die Berufung, Abberufung und Entlastung des Vorstands,
 - Änderungen dieser Satzung und die Auflösung der Stiftung.
3. Der/die Vorsitzende des Stiftungsrates vertritt die Stiftung gegenüber dem Vorstand und seinen Mitgliedern.

§ 9 Geschäftsordnung des Stiftungsrates

1. Der Stiftungsrat fasst seine Beschlüsse in der Regel in Sitzungen. Unter Beteiligung sämtlicher Mitglieder können Beschlüsse auch im schriftlichen Umlaufverfahren gefasst werden.
2. Der Stiftungsrat wird vom Vorsitzenden/von der Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, unter Angabe der Tagesordnung und Einhaltung einer Frist von zwei Wochen zu einer Sitzung einberufen. Sitzungen sind ferner einzuberufen, wenn zwei Mitglieder des Stiftungsrates oder der Vorstand dies verlangen. Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden des Stiftungsrates bzw. der Stellvertretung geleitet.

3. Der Stiftungsrat ist beschlussfähig, wenn form- und fristgerecht eingeladen wurde und mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Mit Zustimmung aller Mitglieder kann auf Form und Frist der Einladung verzichtet werden.
4. Die Mitglieder des Stiftungsrates sind berechtigt, sich bei Sitzungen durch ein anderes Mitglied des Stiftungsrates vertreten zu lassen. Vertretene Mitglieder werden als anwesend gezählt, jedoch müssen mindestens drei Mitglieder persönlich anwesend sein. Zur Teilnahme an Beschlüssen haben Vertreter eine schriftliche Vollmacht vorzuweisen. Jedes Stiftungsratsmitglied kann maximal zwei Stimmen haben.
5. Eine Vorlage gilt im Stiftungsrat als angenommen, wenn die Mehrheit der Mitglieder ihr zustimmt. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
6. Über die Ergebnisse der Sitzungen und der Beschlussfassungen im schriftlichen Verfahren sind Niederschriften zu fertigen, die vom Vorsitzenden/von der Vorsitzenden zu unterzeichnen und allen Mitgliedern der Stiftungsorgane zuzuleiten sind.
7. Der Stiftungsrat ist ehrenamtlich tätig. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln der Körperschaft. Anfallende Ausgaben werden den Mitgliedern ersetzt.

§ 10 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus zwei natürlichen Personen. Die Mitglieder des Vorstandes werden vom Stiftungsrat berufen. Mitglieder des Stiftungsrates können nicht zugleich zu Mitgliedern des Vorstandes berufen werden. Ein Mitglied des Vorstandes kann zum geschäftsführenden Vorstand berufen werden.
2. Die Amtsdauer des Vorstandes beträgt fünf Jahre. Wiederberufung ist zulässig. Scheidet ein Mitglied während der Amtszeit aus, wird ein neues Mitglied für die verbleibende Amtszeit vom Stiftungsrat berufen. Nach Ablauf der Amtszeit bleiben die Mitglieder des Vorstandes bis zur Berufung ihrer Nachfolger im Amt. Erster geschäftsführender Vorstand ist Jürgen Micksch.

3. Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Der geschäftsführende Vorstand und sein Stellvertreter/seine Stellvertreterin sind allein vertretungsberechtigt.
4. Der Vorstand führt die Geschäfte der Stiftung. Er sorgt für die Ausführung der Beschlüsse des Stiftungsrates, für eine ordnungsgemäße Verwaltung des Stiftungsvermögens und die Erfüllung der Stiftungszwecke. Dazu gehören insbesondere die Vorbereitung, Planung, Durchführung, Koordinierung und Weiterentwicklung der Veranstaltungen zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus, die Herausgabe von Materialien, die Öffentlichkeitsarbeit und das Einwerben von Förderungen.
5. Die Mitglieder des Vorstandes sind berechtigt, an den Sitzungen des Stiftungsrates teilzunehmen, solange dieser nicht über diese Mitglieder zu beraten hat. Ein Stimmrecht steht ihnen jedoch nicht zu.
6. Die Mitglieder des Vorstandes können nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse und des Arbeitsanfalls haupt-, neben- oder ehrenamtlich tätig sein. Die Entscheidung darüber und ggf. über die Höhe der Vergütung trifft der Stiftungsrat. Gewährte Vergütungen müssen dem Umfang der Tätigkeit sowie dem gemeinnützigen Zweck der Stiftung angemessen sein.

§ 11 Beratende Gremien

1. Die Stiftung kann durch Beschluss des Stiftungsrates beratende Gremien einrichten wie z.B. einen Beirat, einen Förderkreis, ein Aktionsbündnis und einen Spenderrat.
2. Der Interkulturelle Rat in Deutschland e.V. berät und fördert die Stiftung.
3. Die jährliche Planungstagung berät die Stiftung bei der Durchführung der Internationalen Wochen gegen Rassismus.
4. Entscheidungsbefugnisse für die Stiftung dürfen diesen Gremien nicht übertragen werden.

§ 12 Änderung der Verfassung, Auflösung der Stiftung

1. Anträge an die Stiftungsaufsichtsbehörde auf Änderungen der Verfassung bedürfen beim Vorliegen wesentlicher Änderungen der Verhältnisse eines Beschlusses des Stiftungsrates.
2. Durch eine Änderung der Satzung darf die Gemeinnützigkeit der Stiftung nicht beeinträchtigt werden.
3. Im Falle der Auflösung oder Aufhebung der Stiftung oder beim Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Stiftung an den Interkulturellen Rat in Deutschland e.V., der das Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke der Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens zu verwenden hat. Besteht dieser Verein nicht mehr, ist ein Beschluss über die Verwendung des Vermögens vom Stiftungsrat vor dem Auflösungsbeschluss zu fassen. Die Empfängerin muss eine als gemeinnützigen Zwecken dienend anerkannte privatrechtliche oder kirchliche Körperschaft sein. Der Beschluss bedarf zu seiner Wirksamkeit der Zustimmung der zuständigen Finanzbehörde. Der Empfänger bzw. die Empfängerin hat das Vermögen unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, steuerbegünstigte Zwecke der Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens zu verwenden.

§ 13 Staatsaufsicht

1. Die Stiftung unterliegt der staatlichen Aufsicht nach Maßgabe des jeweils geltenden Stiftungsrechts.
2. Die Stiftung erwirbt die Rechtsfähigkeit durch Anerkennung durch das Regierungspräsidium Darmstadt.

Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus ist am 6. Mai 2014 unter Az. I 13-25d04/11-(11)-156- als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts vom Regierungspräsidium Darmstadt anerkannt worden.

Unter Steuernummer 07 250 48085-V/602 hat das Finanzamt Darmstadt die Stiftung als gemeinnützig anerkannt.

► Chronik zu den UN-Wochen gegen Rassismus in Deutschland

1994 Auf Initiative des Interkulturellen Beauftragten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Jürgen Micksch, wird am 31. August 1994 in Frankfurt am Main der Interkulturelle Rat in Deutschland e.V. gegründet. Er setzt sich zu gleichen Teilen aus deutschen und zugewanderten Mitgliedern zusammen, die bei Gewerkschaften, Kirchen, Bürgerinitiativen oder staatlichen Stellen mitarbeiten. Zu den Vereinszielen gehört die Überwindung von Rassismus. Der gemeinnützige Verein formuliert bei den Satzungszwecken in §2 als beispielhafte Aufgabe: »Erarbeitung von Materialien zum Tag der Vereinten Nationen zur Überwindung von Rassismus«.

1995 Zum Tag der Vereinten Nationen zur Überwindung von Rassismus am 21. März 1995 gibt der Interkulturelle Rat eine 16-seitige Broschüre heraus.

Er veröffentlicht darin einen Aufruf und Anregungen für Aktivitäten sowie relevante Materialien. Der Graphiker Prof. Gunter Rambow erstellt eine Plakatreihe zum Motto »Rassismus macht einsam«, die durch den Interkulturellen Rat bundesweit verbreitet wird und mit Unterstützung der Deutschen Städte Reklame an vielen Orten plakatiert wird. In Pressemitteilungen fordert der Interkulturelle Rat zu Mahnwachen vor Abschiebeanstalten am Vorabend des 21. März auf. Aus Anlass des Europäischen Jahrs der Toleranz wird dafür appelliert, das kommunale Wahlrecht auch für Nicht-EU-Bürger*innen einzuführen. Erste Veranstaltungen zum UN-Tag finden in Darmstadt statt.

1996 Der Interkulturelle Rat gibt zum 21. März 1996 die Broschüre »Gleichbehandlung statt Diskriminierung« heraus, in der gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) eine Antidiskriminierungspolitik und ein Antidiskriminierungsgesetz gefordert werden. Vereinzelt finden hierzu Veranstaltungen und Demos statt.

1997 Der Nationale Koordinierungsausschuss für das Europäische Jahr gegen Rassismus 1997 regt dazu an, dass sich Schulen in Deutschland am 21. März den Themen der damals noch so benannten »Fremdenfeindlichkeit« und Rassismus widmen. Beispielhaft hat sich die Thomas-Mann-Schule in Darmstadt zur Teilnahme an der Aktion entschlossen. Der Interkulturelle Rat erstellt Materialien zur Vorbereitung der Schulstunden und die 64seitige Broschüre »Vielfalt statt Einfalt«. Vom Bundesland Brandenburg und den dortigen Kirchen wird angeregt, zum Antirassismustag in den Städten und Gemeinden die Kirchenglocken zu läuten.

1998 Zum UN-Tag wird vom Interkulturellen Rat das Faltblatt »Gemeinsam in der Schule gegen Rassismus« veröffentlicht. Eine Pressemitteilung des Rates warnt vor einer Ausbreitung »national befreiter Zonen« in Wohngebieten und Freizeiteinrichtungen, in denen keine Menschen mit Migrationsgeschichte geduldet werden.

1999 In einer Pressemitteilung zum UN-Tag betont der Interkulturelle Rat, dass der 21. März 1999 »in Deutschland zu einem Tag der Selbstkritik« werde sollte. Die Unterschriftenaktion von CDU/CSU in diesem Jahr habe »fremdenfeindliche Einstellungen hoffähig gemacht (...) Beim Interkulturellen Rat, Gewerkschaften, Kirchen und Menschenrechtsorganisationen gingen vermehrt fremdenfeindliche Briefe ein, deren Absender nicht mehr anonym bleiben. Es hat sich eine Klimaveränderung vollzogen, die hier lebende Ausländerinnen und Ausländer tief verletzt und enttäuscht hat«.

2000 Anlässlich des UN-Tages gegen Rassismus fordert der Interkulturelle Rat antirassistische Bildungsprogramme für die Jugend. »Es ist nicht hinnehmbar, dass deutsche Jugendliche zusammen mit jungen Belgiern das Schlusslicht bei fremdenfeindlichen Einstellungen in Europa bilden. Darin kommt ein Defizit unserer Erziehung zum Ausdruck«. Erhebungen des Eurobarometers hatten gezeigt, dass europaweit bei belgischen und deutschen Jugendlichen die meisten »fremdenfeindlichen« Einstellungen festzustellen seien.

2001 Gemeinsam rufen im Internationalen Jahr gegen Rassismus 2001 der Interkulturelle Rat und der Verein »Gesicht zeigen!« (Berlin) erstmals Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft, Politik und anderen gesellschaftlichen Bereichen dazu auf, »mit Schülerinnen und Schülern über friedliches

Zusammenleben zu sprechen.« Dazu gibt der Interkulturelle Rat ein Faltblatt mit dem Titel »Gesicht zeigen gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt« heraus. Rund 26 Schulen und 30 Persönlichkeiten beteiligen sich daran.

2002 Zu einer erstmals bundesweiten Aktionswoche vom 18. bis 22. März 2002 in Schulen rufen der Interkulturelle Rat und »Gesicht zeigen!« gemeinsam auf. Über 40 Persönlichkeiten und Schulen beteiligen sich daran.

2003 Im Zeitraum vom 17. bis 21. März 2003 finden bundesweit rund 150 Veranstaltungen statt, davon etwa 70 in Schulen und 23 in Museen. Interkultureller Rat und »Gesicht zeigen!« rufen wieder gemeinsam dazu auf.

Am 5. März 2003 veranstaltet der Interkulturelle Rat zusammen mit dem Forum gegen Rassismus beim Bundesministerium des Innern einen Austausch zu Aktionen zum 21. März in Frankreich und Deutschland. In Frankreich werden Veranstaltungen zum 21. März als staatliche Aufgabe angesehen und gefördert.

Das Forum gegen Rassismus im Bundesministerium des Innern veröffentlicht am 20. März 2002 eine Pressemitteilung zum Internationalen Tag zur Beseitigung der Rassendiskriminierung am 21. März.

Am 5. November 2003 findet in Weimar auf Einladung des Interkulturellen Rates und in Zusammenarbeit mit dem Bundesinnenministerium eine Auswertung der vorangegangenen Veranstaltungen statt sowie Beratungen zu Planungen für das folgende Jahr. Später werden diese Treffen als Planungstagungen bezeichnet.

2004 Vom 15. bis 21. März 2004 finden 270 Veranstaltungen statt, davon etwa 100 in Schulen, 13 in Museen, 10 in Theatern und viele in Kinos. Erstmals wird eine Übersicht zu den Veranstaltungen ins Internet gestellt.

Am 16. September 2004 findet auf Einladung von Interkulturellem Rat und Bundesinnenministerium die Planungstagung im Rathaus von Weimar statt.

2005 Vom 14. bis 21. März 2005 werden etwa 200 Veranstaltungen gezählt – der Rückgang ist eine Auswirkung davon, dass es dem Interkulturellen Rat nicht gelungen ist, erforderliche Fördermittel zu erhalten.

Am 13. Oktober 2005 findet die Planungstagung erneut in Weimar statt.

2006 Vom 18. bis 26. März 2006 werden 400 Veranstaltungen gemeldet. Erstmals erfolgen Stadiondurchsagen bei einem Fußball-Länderspiel und bei den Bundes- und Regionalligen durch den DFB und die DFL. 30 prominente Persönlichkeiten unterzeichnen anlässlich der Woche eine gemeinsame Stellungnahme.

Die Planungstagung findet am 26. September 2006 bei der IG BCE in Hannover mit 30 Teilnehmenden statt.

2007 Vom 17. bis 25. März 2007 finden etwa 500 Veranstaltungen statt.

Die Planungstagung erfolgt am 2. Oktober 2007 bei der IG Metall in Frankfurt am Main.

2008 Der Aktionszeitraum wird wegen der Osterfeiertage auf 10. bis 23. März 2008 ausgeweitet. Über 500 Veranstaltungen finden statt. 55.000 Materialien werden versendet. 40 bundesweite Kooperationspartner unterstützen die UN-Wochen. Das Logo wird erstmals als farbiger Handschuh produziert.

Am 23. September 2008 findet die Planungstagung bei der IG BCE in Hannover statt.

2009 Vom 16. bis 29. März 2009 werden über 700 Veranstaltungen gemeldet. Städte veröffentlichen teilweise umfangreiche Veranstaltungsprogramme, Volkshochschulen melden 20 Veranstaltungen. 82.000 Materialien werden durch den Interkulturellen Rat versendet. Zugesagt wird eine Förderung der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Integrationsfonds für die Jahre 2009 – 2011.

Prof. Dr. Rita Süßmuth übernimmt die Funktion als Botschafterin der UN-Wochen gegen Rassismus.

Am 7. Oktober 2009 findet die Planungstagung in Berlin statt.

2010 Vom 15. bis 28. März 2010 finden über 900 Veranstaltungen statt. Mehr als 60 Kooperationspartner, Sponsoren und Unterstützer machen bei den UN-Wochen mit.

Zum UN-Tag am 21. März 2010 veröffentlicht der Interkulturelle Rat gemeinsam mit PRO ASYL und dem Deutschen Gewerkschaftsbund die Erklärung »Rassisten sind eine Gefahr, nicht Muslime«, die von 23 prominenten Persönlichkeiten unterzeichnet ist, darunter Literaturnobelpreisträger Günter Grass, die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und die Schriftsteller Navid Kermani, Hilal Sezgin und Feridun Zaimoglu. Sie setzt sich mit den Aktivitäten rassistischer Gruppen wie »pro NRW« oder »pro Deutschland« auseinander. Die Erklärung wird vor allem im Internet weit verbreitet (vgl. Interkulturelle Modelle gegen Rassismus, Berlin 2014, Seite 62 ff.).

Die Planungstagung mit 70 Teilnehmenden findet am 28. September 2010 bei der IG Metall in Frankfurt/M. statt und wie in den Folgejahren mit Förderung des Forums gegen Rassismus beim Bundesinnenministerium.

2011 Vom 14. bis 27. März 2011 finden die UN-Wochen mit über 1.000 Veranstaltungen statt. »Unterrichtsmaterialien zur Antirassismuserbeit« für Kindergarten und Schule werden in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bereitgestellt sowie Informationen zu den UN-Wochen in sieben Sprachen. Der Interkulturelle Rat veröffentlicht gemeinsam mit dem Koordinationsrat der Muslime einen Aufruf zu gemeinsamen Veranstaltungen mit Vertretungen aus Politik und Bürgerschaft. Erstmals gibt es eine Facebook-Seite.

2012 Vom 12. bis 25. März 2012 werden über 1.250 Veranstaltungen gemeldet.

Mehr als 70 Kooperationspartner, Sponsoren und Unterstützer*innen machen mit.

Die Planungstagung findet am 25. September 2012 in Erlangen statt.

2013 Vom 11. bis 24. März 2013 gibt es 1.380 Veranstaltungen. Erstmals erscheint ein Faltblatt in »Leichter Sprache« um die Informationen über die UN-Wochen auch für Menschen mit Leseschwierigkeiten zur Verfügung zu stellen.

Am 11. März 2013 ist die Auftaktveranstaltung in der Staatskanzlei von Rheinland-Pfalz mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer in Mainz. Botschafter der UN-Wochen ist Dr. Theo Zwanziger.

In der Pause der Planungstagung am 26. September 2013 in Frankfurt/M. verabreden Theo Zwanziger und Jürgen Micksch die Einrichtung einer Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus.

2014 Vom 10. bis 24. März 2014 finden über 1.300 Veranstaltungen mit insgesamt über 100.000 Teilnehmenden statt.

Die bundesweite Auftaktveranstaltung findet am 10. März 2014 mit Ministerpräsident Stephan Weil in den Räumen der niedersächsischen Landesregierung in Hannover statt.

Staatsministerin Aydan Özoguz gibt am 21. März 2014 einen Empfang zum UN-Tag im Bundeskanzleramt in Berlin. Damit sind die UN-Wochen gegen Rassismus auch im politischen Leben in Deutschland etabliert.

Zusammen mit muslimischen Verbänden entwickelt der Interkulturelle Rat das Projekt »Muslime laden ein«, das von der Robert Bosch Stiftung und der Dr. Buhmann Stiftung gefördert wird. Zum Freitagsgebet am 21.3.2014 laden 65 muslimische Gemeinden oder Einrichtungen Menschen aus ihrer Nachbarschaft ein. Durch Kontakte sollen ablehnende Einstellungen abgebaut werden. Zahlreiche Persönlichkeiten aus Kommunen und der Politik nehmen daran teil, sprechen zu den Gemeinden oder tauschen sich aus.

Angesichts der Europawahl im Mai 2014 wird der Aufruf »Nein zum Rassismus in Europa« veröffentlicht, der von 3.500 Personen unterschrieben und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments zugeleitet wird (vgl. Interkulturelle Modelle gegen Rassismus, Berlin 2014, S.75 ff.).

Am 6. Mai 2014 wird vom Regierungspräsidium Darmstadt die »Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus« als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts anerkannt. Das Finanzamt Darmstadt bescheinigt die Gemeinnützigkeit. Mitglieder des Stiftungsrates sind Dr. Theo Zwanziger als Vorsitzender, Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth als Stellvertreterin und Giovanni Pollice. Den Vorstand bilden Dr. Jürgen Micksch (geschäftsführend) und Jagoda Marinić. Durch ein Fundraising wird ein Stiftungsvermögen von über 100.000 Euro erreicht.

In § 2 der Satzung werden als Stiftungszwecke formuliert:

- »die Vorbereitung, Planung, Durchführung, Koordinierung und Nacharbeit von Veranstaltungen zu den jährlichen UN-Wochen gegen Rassismus,
- die Herausgabe von Materialien, Plakaten, Broschüren, Handzetteln, Videos etc. zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus, die insbesondere Schulen, Sportvereinen, Kirchengemeinden, Kommunen und Initiativgruppen zur Verfügung gestellt werden,
- die Förderung von Modellprojekten, die das Ziel haben, zur Überwindung von Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem Rassismus oder Rassismus gegenüber Menschen anderer Hautfarbe und Flüchtlingen beizutragen, ...«

Am 14. September 2014 wird anlässlich von 20 Jahren Interkultureller Rat in einer Veranstaltung im Haus am Dom in Frankfurt am Main mit der Arbeit der Stiftung offiziell begonnen.

Die Planungstagung findet am 1. Oktober 2014 in Frankfurt/M. statt.

2015 Vom 16. bis 29. März 2015 werden der Stiftung über 1.400 Veranstaltungen gemeldet.

300 Freitagsgebete widmen sich der Überwindung von Rassismus und 60 Moscheevereine machen eigene Veranstaltungen. 250 Veranstaltungen werden zu Asyl- und Flüchtlingsthemen durchgeführt. Flüchtlinge werden angeregt, Menschen aus der Nachbarschaft einzuladen. 70 Förderanträge dazu werden aus Mitteln des Bundesinnenministeriums gefördert.

Die Auftaktveranstaltung findet am 16. März 2015 in Karlsruhe statt, wo es besonders viele Veranstaltungen gibt. Die Informationen zu den UN-Wochen gibt es in elf Sprachen.

Botschafter ist der frühere ARD-Vorsitzende und WDR-Intendant Fritz Pleitgen.

Die Infobroschüre »Was ist Rassismus« wird veröffentlicht und findet große Verbreitung.

Die Planungstagung mit 80 Teilnehmenden findet am 21. September 2015 in Frankfurt/ M. statt.

Am 30. November 2015 erfolgt erstmals in Frankfurt/M. die Tagung »Medien und Internationale Wochen gegen Rassismus«.

2016 Vom 10. bis 23. März 2016 werden der Stiftung über 1.600 Veranstaltungen gemeldet, davon 350 zu Asyl- und Flüchtlingsthemen. Im Rahmen des Projekts »Muslime laden ein« finden 60 Veranstaltungen statt.

Die Auftaktveranstaltung am 10. März 2016 in Halle (Saale) steht unter dem Motto: »100% Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus«. Botschafter ist wieder Fritz Pleitgen.

Seit Januar 2016 übernimmt die Stiftung alle operativen Arbeiten für die Internationalen Wochen gegen Rassismus vom Interkulturellen Rat.

Am 21. Januar 2016 wird bei einem Symposium in Frankfurt/M. die Broschüre »Antimuslimischer Rassismus – und was tun« veröffentlicht, die mehrfach aufgelegt und überarbeitet wird.

Am 21. September 2016 findet die Planungstagung in Frankfurt/M. statt.

Im September 2016 startet das Projekt »Prominent gegen Rassismus« im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!«.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) fördert den Videowettbewerb »Aus meiner Sicht«, bei dem Geflüchtete ihre Erfahrungen und Wünsche in Videos festhalten, die ausgezeichnet werden. Durch die vielen guten Einsendungen unter den 63 Videos werden mehr ausgezeichnet als vorgesehen. Zahlreiche Videos werden bei Veranstaltungen zu den UN-Wochen genutzt.

2017 Vom 13. bis 26. März 2017 werden über 1.700 Veranstaltungen gemeldet. Die Auftaktveranstaltung findet mit Oberbürgermeister Prof. Dr. Eckart Würzner in der Universität Heidelberg statt. Es gibt 600 Freitagsgebete mit Ansprachen und Gebeten zur Überwindung von Rassismus.

Botschafterin ist die ehemalige deutsche Fußball-Nationalspielerin Célia Šašić.

Am 14. Juni 2017 verabschiedet das Bundeskabinett den »Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus – Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen« (NAP). Auf den Seiten 29 und 44 heißt es zur Stiftung und den Internationalen Wochen gegen Rassismus:

»Die jährlich im März stattfindenden VN-Wochen gegen Rassismus werden in Deutschland durch die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus koordiniert. Mehr als 80 bundesweite Organisationen sind daran beteiligt. Zu den Veranstaltern zählen Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände, Kommunen, Gewerkschaften sowie Arbeitgeberverbände und viele weitere. (Seite 29)

Zu konkreten Themen über Rassismus und Diskriminierung wird es öffentliche Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit bzw. Informationskampagnen geben. Hierbei wird geprüft, in welcher Form die Zivilgesellschaft einbezogen werden kann. Die Bundesregierung wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter die internationalen Wochen gegen Rassismus und die Aktionswochen gegen Antisemitismus unterstützen.« (Seite 44)

In einer Mitgliederversammlung des Interkulturellen Rates am 19. Juli 2017 wird auf Antrag von Jürgen Micksch, der seit 1994 Vorsitzender war, der Verein einstimmig aufgelöst. Die Aufgaben des Interkulturellen Rates werden an das Abrahamische Forum in Deutschland e.V. und die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus übergeben.

Die Planungstagung findet am 18. September 2017 in Frankfurt/M. statt.

2018 Vom 12. bis 25. März 2018 werden der Stiftung über 1.750 Veranstaltungen gemeldet und über 1.700 Freitagsgebete.

Botschafterin ist die Journalistin Jana Pareigis aus Hamburg.

Die Auftaktveranstaltung findet am 12. März 2018 im Rathaus in Dresden mit Reden des sächsischen Ministerpräsidenten und des Oberbürgermeisters statt. Pegida-Anhänger versuchen die Veranstaltung zu stören, haben aber gegen die 400 friedlichen Teilnehmenden keine Chance.

Bei einem Freitagsgebet spricht erstmals in der Moschee in Raunheim/Hessen der Direktor des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen zu der Moscheegemeinde. Das findet große Beachtung. In Bonn besucht der Oberbürgermeister die Synagoge anlässlich der UN-Wochen.

Zum 30. April 2018 beendet Theo Zwanziger seine Mitwirkung im Stiftungsrat. Seine Vertreterin Claudia Roth übernimmt den Vorsitz. Andreas Lipsch von der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) wird neu in den Stiftungsrat gewählt.

Der 2014 gegründete Arbeitskreis »Muslime laden ein« der Stiftung gegen Rassismus hat die Aktivitäten von Moscheegemeinden koordiniert. Am 3. Mai 2018 erweitert er sich und nimmt Vertretungen weiterer Religionen auf. Er bezeichnet sich als AK »Religionen laden ein«. Ab dem folgenden Jahr sollen auch Feiern in Synagogen und Kirchen anlässlich der UN-Wochen stattfinden.

Die Planungstagung findet am 17. September 2018 mit Beiträgen von Theo Zwanziger zum Sport und Jagoda Marinić zu Europathemen im Erbacher Hof in Zusammenarbeit mit der Katholischen Akademie in Mainz statt.

Am gleichen Tag wird die Initiative SCHULTER AN SCHULTER (SAS) erstmals öffentlich vorgestellt. Angesichts antisemitischer und antimuslimischer Anschläge sowie Angriffe auf Flüchtlinge sollen Solidarisierungen mit den Opfern erfolgen. Die Täter dürfen nicht den Eindruck bekommen, dass menschenfeindliche Aktionen von der Bevölkerung akzeptiert werden.

2019 Vom 11. bis 24. März 2019 werden der Stiftung über 1.850 Veranstaltungen gemeldet.

Die Auftaktveranstaltung findet am 11. März 2019 im Münchner Rathaus statt. Botschafterin ist Muhterem Aras, MdL, Präsidentin des Landtages von Baden-Württemberg.

Angesichts der Europawahlen am 26. Mai 2019 ist das Motto: »Europa wählt Menschenwürde«, das von vielen aufgegriffen wird. Dazu werden zusätzliche Materialien, Plakate und Postkarten erstellt. Der Leitspruch der Stiftung dafür lautet:

Europa stärken.

Rassismus stoppen.

Menschenrechte wählen.

Die über 1.700 Freitagsgebete am 15. März 2019 werden geprägt durch den rassistischen Anschlag auf die Moschee in Christchurch/Neuseeland am gleichen Tag. Viele Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sprechen den Moscheegemeinden ihre Verbundenheit aus. Neun jüdische Persönlichkeiten sprechen erstmals zu Moscheegemeinden in den Aktionswochen.

Mehrere Oberbürgermeister besuchen Synagogen aus Anlass der UN-Wochen und sprechen über den Antisemitismus. Im hessischen Seeheim findet am 17. März 2019 ein viel beachteter evangelischer Gottesdienst statt, bei dem der Kirchenpräsident der EKHN predigt und jüdische und muslimische Gäste Ansprachen halten.

Am 28. Januar 2019 wird in Frankfurt/ M. der Arbeitskreis »Aktionstage für die Menschenwürde« gebildet, dem bundesweite Einrichtungen angehören, die als Geschäftsstellen Aktionstage wie die Woche der Brüderlichkeit, die Internationalen Wochen gegen Rassismus, den Tag gegen antimuslimischen Rassismus, die Interkulturelle Woche, den Tag des Flüchtlings oder den Tag der offenen Moschee organisieren. Insgesamt sind das jährlich weit über 10.000 zivilgesellschaftliche Aktivitäten.

Vom Stiftungsrat werden am 28. März 2019 in Berlin der geschäftsführende Vorstand Jürgen Micksch und Jagoda Marinić für weitere fünf Jahre wiedergewählt. Giovanni Pollice scheidet aus und Elina Stock von der GEW wird neu als Mitglied in den Stiftungsrat gewählt. Prof. Dr. Heribert Prantl ist bereits seit dem 1. März 2019 in den Stiftungsrat aufgenommen worden. Für die Jahre 2020 bis 2026 werden Claudia Roth, Andreas Lipsch und Prof. Dr. Heribert Prantl als Mitglieder des Stiftungsrates wiedergewählt.

Durch die vielen Veranstaltungen in manchen Kommunen besteht bei einigen der Wunsch nach einer Ausweitung der zwei Wochen. Stiftungsrat und Vorstand sprechen sich dafür aus, dass Veranstaltungen im Einzelfall bis zum Internationalen Roma-Tag am 8. April jeden Jahres durchgeführt werden können.

Die Planungstagung findet am 16. September 2019 wie in den Folgejahren in Zusammenarbeit mit der Katholischen Akademie Mainz im Erbacher Hof statt.

2020 Die Internationalen Wochen finden vom 16. bis 29. März 2020 statt. Dabei wird auf 25 Jahre Internationale Wochen gegen Rassismus in Deutschland zurückgeblickt.

Das vorgeschlagene Motto heißt: »Gesicht zeigen – Stimme erheben«.

Die Auftaktveranstaltung war vorgesehen am 16. März 2020 im Bundeskanzleramt in Berlin unter Mitwirkung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz, der Vorsitzenden des Stiftungsrates, Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, sowie des Botschafters der UN-Wochen 2020, dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann.

Im Kaisersaal des Römer in Frankfurt am Main sollte auf Einladung von Integrationsdezernentin Sylvia Weber bei einem Empfang des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten daran erinnert werden, dass die deutsche Initiative für die UN-Wochen in Frankfurt entstanden ist.

Religiöse Feiern waren in Darmstadt vorgesehen, wo vor 25 Jahren die ersten Veranstaltungen zum UN-Tag gegen Rassismus erfolgten. Am 20. März war das zentrale Freitagsgebet in der Emir Sultan Moschee mit christlichen und jüdischen Ansprachen geplant. In der Darmstädter Synagoge war eine Sabbatfeier mit muslimischen und christlichen Ansprachen vorgesehen. Und am 22. März war in der Darmstädter Stadtkirche ein evangelischer Gottesdienst mit der Predigt des Kirchenpräsidenten der EKHN und jüdischen und muslimischen Ansprachen geplant – das alles musste wegen Corona ausfallen.

Manche Veranstaltungen wurden in der Interkulturellen Woche vom 27. September bis 4. Oktober 2020 nachgeholt, andere wurden in den März 2021 verschoben.

Begonnen wurde mit dem Projekt »Engagiert gegen Rassismus“: Persönlichkeiten in unterschiedlichen Bereich und Berufsgruppen wurden darum gebeten, sich für die Überwindung von Rassismus zu engagieren. Angesprochen wurden vor allem Personen aus den Bereichen Bildung, Bundeswehr, Feuerwehr, Gewerkschaften, Kommunen, Kultur, Medien, Polizei, Religionsgemeinschaften, Sport, Unternehmen, Verbänden und Vereinen und der Wissenschaft.

2021 Zu den UN-Wochen vom 15. bis 28. März 2021 erhielten wir erstmals ein schriftliches Grußwort von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, in dem er allen Haupt- und Ehrenamtlichen für ihren Einsatz dankte: »Resignation darf genauso wenig Raum greifen wie der Hass selbst, deshalb sind die Internationalen Wochen gegen Rassismus so wertvoll. Sie erinnern uns einmal im Jahr daran, worum wir täglich aufs Neue ringen müssen. Alle gemeinsam.«

Trotz Corona erfolgten über 1.500 Veranstaltungen und zwei Drittel davon in vielfältigen digitalen Formaten. Hinzu kamen über 1.800 religiöse Feiern, insbesondere Freitagsgebete in Moscheen. Das vorgeschlagene Motto hieß »Solidarität. Grenzenlos«. Botschafter der UN-Wochen war der Pianist Igor Levit.

Vorgezogen wurde die Auftaktveranstaltung am 20. Februar 2021 in Hanau, bei der an die rassistisch motivierten Morde an neun Menschen am 19. Februar 2020 erinnert wurde.

Im Anschluss an die Planungstagung trafen sich am 21. September 2019 Expert*innen aus Deutschland, den Niederlanden, Österreich und Tschechien und vereinbarten, einen europäischen Arbeitskreis einzurichten, um Erfahrungen der Zivilgesellschaft mit der Überwindung von Rassismus auszutauschen. Am 15. Dezember 2021 verabschiedeten dann Persönlichkeiten aus zehn europäischen Ländern bei einem digitalen Treffen eine gemeinsame Erklärung und gründeten den Arbeitskreis »Solidarisches Europa. Zusammen gegen Rassismus.«

2022 Insgesamt über 4.000 Veranstaltungen gab es zu den UN-Wochen vom 14. bis 27. März 2022 mit dem vorgeschlagenen Motto »Haltung zeigen« – noch nie waren es so viele. Über 2.100 Veranstaltungen wurden im Veranstaltungskalender dokumentiert, davon fanden 70 % wieder in Präsenz statt. Dazu kamen über 1.800 Freitagsgebete in Moscheen und über 100 weitere religiöse Feiern. Die Auftaktveranstaltung fand digital aus dem Bundeskanzleramt in Kooperation mit der gerade berufenen Antirassismus-Beauftragten der Bundesregierung statt, Staatsministerin Reem Alabali-Radovan.

Botschafter der UN-Wochen war der Fußballverein Eintracht Frankfurt mit über 100.000 Mitgliedern. Viele Veranstaltungen wurden geprägt durch den Angriffskrieg auf die Ukraine.

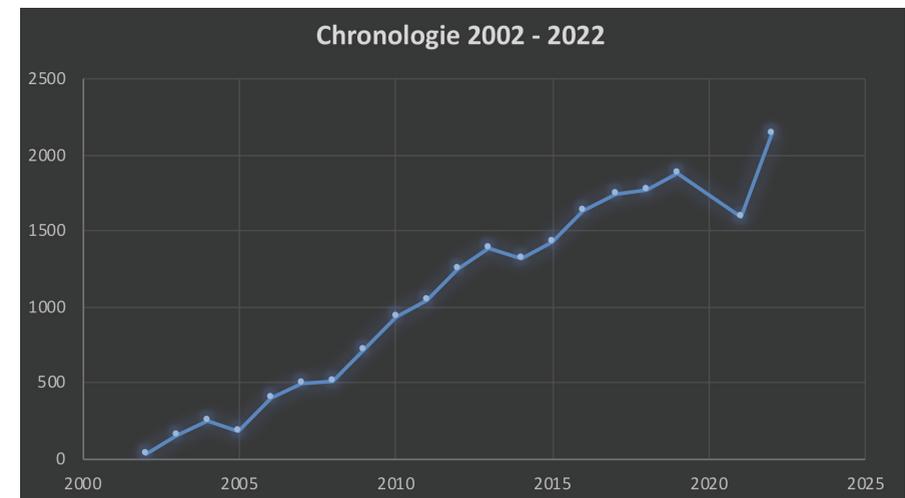
Erstmals fanden auch Veranstaltungen im Rahmen des neuen Projektes »Solidarisches Europa. Zusammen gegen Rassismus« insbesondere in Tschechien statt.

Nach der Berufung von Claudia Roth als Staatsministerin beim Bundeskanzler hatte sie zu viele Aufgaben um den Vorsitz des Stiftungsrates weiter wahrnehmen zu können. Am 6. Juli 2022 wählte der Stiftungsrat Filiz Polat MdB zur neuen Vorsitzenden.

Im Sommer 2022 wurde mit dem Projekt »Solidarisch gegen Rassismus« begonnen, das Schwerpunkte auf den Gesundheitsbereich, Aktivitäten in östlichen Bundesländern und ein gutes Miteinander von russisch und ukrainisch geprägten Geflüchteten legt.

Die Planungstagung für 2023 erfolgte am 19. September 2022 in Mainz unter dem Motto für die UN-Wochen vom 20. März bis 2. April 2023: »Misch Dich ein«. Die Auftaktveranstaltung 2023 soll präsent in Schwerin stattfinden. Botschafterin der UN-Wochen gegen Rassismus ist 2023 Reem Alabali-Radovan, die Staatsministerin beim Bundeskanzler und Antirassismus-Beauftragte der Bundesregierung.

Anzahl der Veranstaltungen zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus von 2001 bis 2022 (ohne 2020)



► **Mottovorschläge zu den UN-Wochen gegen Rassismus**

Seit der Gründung der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus im Jahr 2014 gab es folgende Vorschläge für das Motto, wobei »100% Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus« drei Jahre in Folge vorgeschlagen wurde und seitdem das Logo der Stiftung gegen Rassismus ist:

2014 Anerkennen statt Ausgrenzen

2015 Das wird man ja wohl noch sagen dürfen ...

2016 / 2017 / 2018 100% Menschenwürde – Zusammen gegen Rassismus

2019 Europa wählt Menschenwürde

2020 Gesicht zeigen – Stimme erheben

2021 Solidarität. Grenzenlos.

2022 Haltung zeigen

2023 Misch Dich ein

► **Kommende Internationale Wochen gegen Rassismus**

2023: 20. März bis 2. April

2024: 11. bis 24. März

2025: 17. bis 30. März

2026: 16. bis 29. März

2027: 08. bis 21. März

2028: 13. bis 26. März

2029: 12. bis 25. März

2030: 18. bis 31. März

Botschafter*innen zu den UN-Wochen gegen Rassismus

2009 - 2012

Prof. Dr. Rita Süßmuth

2017

Célia Šašić

2021

Igor Levit

2013 - 2014

Dr. Theo Zwanziger

2018

Jana Pareigis

2022

Eintracht Frankfurt

2015 - 2016

Fritz Pleitgen

2019

Muhterem Aras

2023

Reem Alabali-Radovan

2020

Reiner Hoffmann

► Literaturhinweise (Auswahl)

Jährlich werden seit 1995 insbesondere zu den UN-Wochen gegen Rassismus Vorbereitungsunterlagen, Plakate, Handzettel, Flyer, Postkarten, Tragetaschen, Kampagnen wie z.B. »Rassismus fängt im Kopf an« sowie Dokumentationen erstellt, in denen sich auch zahlreiche Bilder finden. Im Folgenden sind ausgewählte Veröffentlichungen vor allem aus der Anfangszeit und ab dem Jahr 2018 zusammengestellt. Weitere Materialien finden sich auf der Homepage der Stiftung gegen Rassismus.

Interkultureller Rat

- 21. März 1995, Tag der Vereinten Nationen zur Überwindung von Rassismus, 16 Seiten, Frankfurt/M. 1995
- Gleichbehandlung statt Diskriminierung, 44 Seiten, Frankfurt/M. 1996
- Das Europäische Jahr gegen Rassismus, 88 Seiten, Frankfurt/M. 1997
- Religionen für ein Europa ohne Rassismus, 80 Seiten, Frankfurt/M. 1997
- Gesicht zeigen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Darmstadt 2001
- Ideen und Anregungen zur Internationalen Woche gegen Rassismus, 36 Seiten, Darmstadt 2005
- Alle anders – alle gleich. Informationen und Materialien zur Internationalen Woche gegen Rassismus 2007, 82 Seiten, Darmstadt 2006
- Unterrichtsmaterialien zur Antirassismusbearbeitung, gemeinsam mit Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Darmstadt 2010
- Was Sie schon immer über Z***** wissen wollten. Flugblatt zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus, Darmstadt 2011

Jürgen Micksch

- Vielfalt statt Einfalt. Strategien gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, 64 Seiten, Frankfurt/M. 1997
- Interkulturelle Modelle gegen Rassismus, 98 Seiten, Berlin 2014
- 25 Jahre Internationale Wochen gegen Rassismus, 24 Seiten, Darmstadt 2019
- Für eine menschenfreundliche Gesellschaft. 25 Jahre Internationale Wochen gegen Rassismus, 42 Seiten, Darmstadt 2020
- Wandel durch Kontakte. Stiftung gegen Rassismus, Pro Asyl, BISS, Abrahamisches Forum und andere Gründungsgeschichten, 136 Seiten, Darmstadt 2021

Jürgen Micksch (Hg.)

- Antimuslimischer Rassismus. Konflikte als Chance, 175 Seiten, Frankfurt/M. 2009
- Antimuslimischer Rassismus. Wandel durch Kontakte, 24 Seiten, Darmstadt 2018 (4. Auflage)

Heribert Prantl

- Es gibt nichts Gutes. Außer man tut es. Eine Laudatio zum Tag gegen Rassismus, Süddeutsche Zeitung, 16.3.2019

Stiftung gegen Rassismus

- Eine starke Bewegung gegen Rassismus. 16 Seiten, Darmstadt 2015
- Die Internationalen Wochen gegen Rassismus machen Schule: Materialien zur rassismuskritischen Bildungsarbeit, gemeinsam mit Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), 60 Seiten, Darmstadt/Frankfurt/M. 2015
- Was ist Rassismus? 100% Menschenwürde. Zusammen gegen Rassismus. 16 Seiten, Darmstadt 2018 (aktualisierte Auflage)
- Europa wählt Menschenwürde: Impulse für die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2019, 68 Seiten, Darmstadt 2018
- Prominent gegen Rassismus. Anregungen für die UN-Wochen, 52 Seiten, Darmstadt 2018
- Dokumentation zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2019, 84 Seiten, Darmstadt 2019
- Prominent gegen Rassismus. Gesicht zeigen – Stimme erheben, 28 Seiten, Darmstadt 2019
- Gesicht zeigen – Stimme erheben. Impulse. Die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2020. 76 Seiten, Darmstadt 2019
- Engagiert gegen Rassismus. Gesicht zeigen für eine menschenfreundliche Gesellschaft, 32 Seiten, Darmstadt 2020
- Dokumentation zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2020, 60 Seiten, Darmstadt 2020
- Schulter an Schulter. Solidarisch gegen Antisemitismus, Rassismus und Gewalt, 32 Seiten, Darmstadt 2021
- Dokumentation zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2021, 80 Seiten, Darmstadt 2021
- Haltung zeigen. Impulse für die Internationalen Wochen gegen Rassismus 2022, 84 Seiten, Darmstadt 2021

- Religionen laden ein. Impulse für gemeinsame Feiern, Veranstaltungen und Aktionen, 32 Seiten, Darmstadt 2021
- Engagiert gegen Rassismus. Gesichter zeigen für eine menschenfreundliche Gesellschaft, 54 Seiten, Darmstadt 2022
- Dokumentation zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus 2022, 72 Seiten, Darmstadt 2022
- Polizei. Im Einsatz gegen Rassismus, 18 Seiten, Darmstadt 2022

DIE STIFTUNG GEGEN RASSISMUS

Die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus koordiniert in Deutschland die Internationalen Wochen um den 21. März und fördert Modellprojekte zur Überwindung von Antisemitismus, Antiziganismus, anti-muslimischem Rassismus oder Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen und Flüchtlingen.

Für die Durchführung der Internationalen Wochen gegen Rassismus und für die Modellprojekte ist die Stiftung auf finanzielle Zuwendungen angewiesen.

SPENDENKONTO:

Stiftung gegen Rassismus
Evangelische Bank
IBAN: DE14 5206 0410 0004 1206 04
BIC: GENODEF1EK1

Die Stiftung ist eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Darmstadt und steht unter der Aufsicht des Regierungspräsidiums Darmstadt. Sie ist vom Finanzamt Darmstadt unter der Steuer-Nr. 07 250 48085-V/602 als gemeinnützig anerkannt und übersendet Spendenbescheinigungen für das Finanzamt.

MISCH DICH EIN

Die Stiftung gegen Rassismus



STIFTUNG
für die Internationalen Wochen
GEGEN RASSISMUS

